

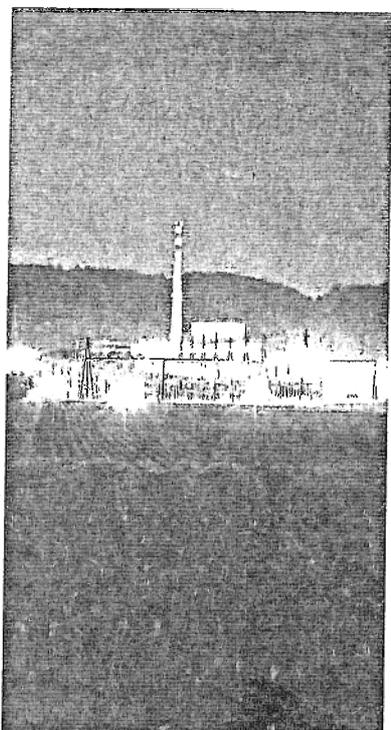


Pressespiegel
Revue de presse

Mittwoch, 3. April 2013

Nr./ 63





Bauern, Strassen, Energieforschung. Das Schweizer Parlament genehmigte in der vergangenen Frühjahrsession 667 Millionen Franken Mehrausgaben. Fotos Keystone

Die CVP gab im Nationalrat am meisten Geld aus

Am zurückhaltendsten sind die SVP und die GLP

Von Dominik Feusi, Bern

Das Schweizer Parlament hat in der Schlussabstimmung der Frühjahrsession 305 Millionen Franken für Nationalstrassen, 160 zusätzliche Millionen für die Landwirtschaft und 202 Millionen für die Energieforschung genehmigt. Das macht insgesamt 667 Millionen Franken zusätzlich.

Die BaZ liess von Politnetz die Abstimmungsprotokolle der drei Geschäfte auswerten. Die CVP war dabei jene Partei, welche die Ausgaben am stärksten befürwortete. Dies hatte auch schon eine ähnliche Analyse der Budget-Debatte in der Wintersession ergeben. Das durchschnittliche CVP-Mitglied im Nationalrat genehmigte Mehrausgaben von 532 Millionen Franken. Bei allen drei Themen war es die CVP, welche den Zusatzausgaben im Nationalrat zum Durchbruch verhalf. Unter den 24 Parlamentariern, welche alle drei Ausgabenposten befürworteten, sind mehr als die Hälfte (13) aus den Reihen der CVP.

Darunter ist auch die Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Zusammen mit den Solothurner CVP-Nationalräten Urs Schläfli und Stefan Müller-Altermatt bildet sie das Trio aus der Nordwestschweiz, welches allen drei Mehrausgaben zugestimmt hat. Schneider-Schneiter erklärt ihr persönliches Stimmverhalten mit den drei Themen. «Die Landwirtschaft ist uns eben wichtig», sagt sie. «Forschung und Entwicklung im Energiebereich inklusive der Nukleartechnologie sind in Zukunft entscheidend und bei den Strassen haben wir dafür gesorgt, dass auch die Einnahmen beschlossen wurden.»

Es sei eben oft die Rolle der CVP, dass sie Mehrheiten beschaffe – in diesem Fall auch für Mehrausgaben.

Gerhard Pfister, CVP-Nationalrat aus Zug und Mitglied des Parteipräsidiums, sieht das ähnlich. «Parteien wollen natürlich immer dort sparen, wo es ihre Mitglieder und Sympathisanten nicht stört.» Persönlich wünsche er sich eine grössere finanzpolitische Zurückhaltung in der CVP. «Eine gesunde Finanzpolitik ist wichtig, aber allzu oft geht die Gesamtschau verloren. Wenn ein Thema wichtig ist, will man auch Geld ausgeben.» Das sei ein Grundproblem der Politik in der Schweiz.

Auch BDP und FDP freigebig

Auf den Rängen zwei und drei der Ausgabenfreudigkeit stehen BDP und FDP nahe beieinander (s. Tabelle). Bei beiden Parteien hat die Nähe zur Landwirtschaft entscheidend zum Resultat beigetragen. SP und Grüne waren im Vergleich zur CVP eher zurückhaltend. Die SVP stimmte mehrheitlich den Geldern für die Landwirtschaft zu, lehnte aber die anderen beiden Ausgabenposten ab. Die Grünliberalen waren finanzpolitisch am knausrigsten.

Zu den Politikern, die keine Mehrausgaben genehmigten, gehören berühmte Namen wie Christoph Blocher (SVP, ZH), Jacqueline Badran (SP, ZH) und Martin Bäumle (GLP, ZH). Deren Zurückhaltung kam aber auch deshalb zustande, weil sie bei einer oder zwei Entscheidungen fehlten. Ebenfalls bei den restriktiven Nationalräten befindet sich der Baselbieter Thomas de Courten (SVP). Wohin geht das Geld? Im Bereich der Nationalstrassen wurden ins-

gesamt 376 Kilometer Strasse neu in die Zuständigkeit des Bundes übernommen. 115 Millionen für Betrieb und Unterhalt dieser Strassen entlasten die Rechnungen der Kantone. 190 Millionen sind für neue Grossprojekte vorgesehen.

Mehr Geld für weniger Bauern

Bei der Landwirtschaft wurden die Ausgaben für die kommenden vier Jahre noch erhöht, obwohl die Zahl der Bauern abnimmt. Neu wird auch der Futtergetreideanbau subventioniert. Der Bund gibt bis 2017 fast 14 Milliarden Franken für die Landwirtschaft aus.

Die Energieforschung darf in den kommenden vier Jahren 202 zusätzliche Millionen ausgeben. Dies zu 544 Millionen Franken für die Energieforschung, die bereits genehmigt wurden. Die Gelder fliessen nicht direkt in Forschungsprojekte, sondern gehen gemäss Bundesrat wesentlich in den «Kompetenzaufbau» und den «Aufbau und Betrieb notwendiger Forschungsinfrastrukturen», in die «Grundfinanzierung» von Kompetenzzentren und den «Kapazitätsaufbau» von Institutionen.

DIE FREIGEBIGSTEN FRAKTIONEN*

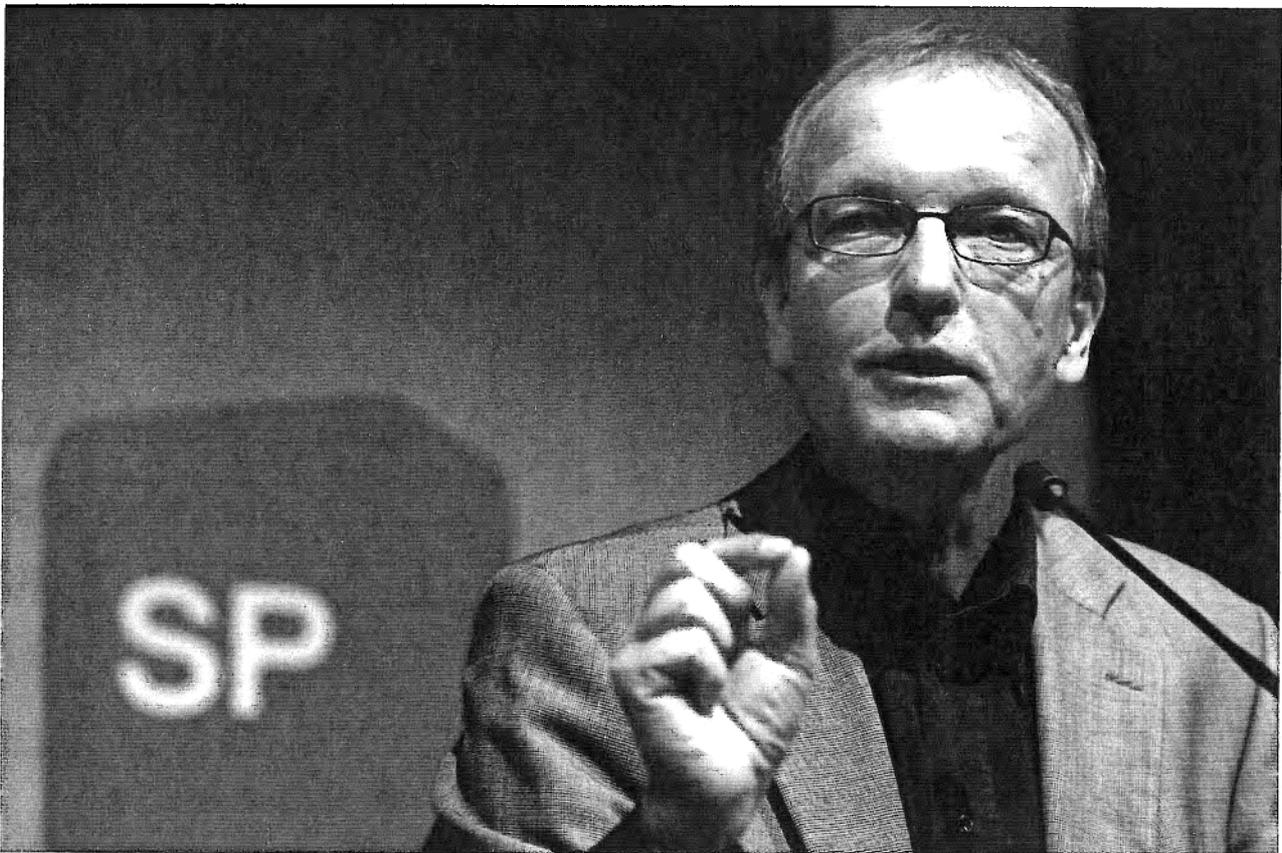
	in Millionen Franken
CVP/EVP	532
BDP	479
FDP	472
SP	335
Grüne	216
SVP	208
GLP	135

* Zusätzliche Ausgaben im Fraktionsschnitt, Frühjahrsession 2013. Quelle: Politnetz

«Die Ventilklausel ist ein Placebo»

Von **Mirko Plüss**. Aktualisiert um 15:39 70 Kommentare

In den nächsten Tagen entscheidet der Bundesrat über die Ausdehnung der Ventilklausel, deren Wirksamkeit mit neuen Zahlen soeben widerlegt wurde. Was sagen erfahrene Migrationspolitiker? Die Antworten.



Ventilklausel ist eine «stumpfe Waffe»: SP-Nationalrat Hans-Jürg Fehr. (30. Oktober 2010)

Bild: Keystone

Kontingente für die Einwanderung

Die Ventilklausel, welche im Personenfreizügigkeitsabkommen vorgesehen ist, ermöglicht bei starker Zuwanderung bis im Juni 2014 Kontingente für die Einwanderung. Sie ist derzeit für die EU-8 aktiviert. Betroffen sind damit Bürger aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien,

Die Zuwanderungsproblematik erhitzt die Gemüter: Am 10. April soll der Bundesrat darüber entscheiden, ob die Ventilklausel auf die gesamte EU ausgedehnt werden soll (siehe Box). Doch diese sei ohnehin wirkungslos, schrieb die «SonntagsZeitung» und berief sich dabei auf Zahlen des Bundesamts für Migration. Die Zuwanderung habe sogar noch zugenommen. Im Gespräch mit baz.ch/Newsnet

Tschechien und Ungarn.

Wegen der Zuwanderung der letzten Jahre dürften in diesem Jahr die Voraussetzungen - nach Ansicht der Schweiz - erfüllt sein, um die Ventilklausel auch für die EU-17 mit den «alten» EU-Staaten anzuwenden. Der Bundesrat tagt dazu voraussichtlich am 10. April. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates empfahl dem Bundesrat vergangene Woche, auf die erweiterte Anrufung der Ventilklausel zu verzichten. (mpl/sda)

Artikel zum Thema

«Polen soll nicht anders behandelt werden als Deutschland»
«Nicht schon nach Brüssel schießen»
Der Bundesrat in der Falle

Teilen und kommentieren

BLOG



Diskutieren
Sie mit im
*Polit*blog

die Taktik des Bundesrats wohl aber schlecht auf: «Die Ventilklausel ist ja eine Art von Kontingentierung, weshalb ihre Anrufung der SVP-Argumentation eher nützt als schadet», sagt Fehr. «Der Bundesrat müsste die Zuwanderungsproblematik im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit wirksamen flankierenden Massnahmen angehen und nicht mit einem Placebo wie der Ventilklausel.»

Ein «reines Manöver»

Auch für Luzi Stamm (SVP) liegen die Nachteile der Ventilklausel auf der Hand: «Sie läuft schon viel zu bald aus und wirkt sich – weil der Bundesrat sie nicht schon vor drei Jahren angerufen hat – zahlenmässig nur noch schwach aus.» Trotzdem betont der Nationalrat die Wichtigkeit der Massnahme, welche seine Partei stets unterstützt hat. «Nur so kommt das Gespräch mit der EU über mögliche Kontingentierungen wieder in Gang», sagt Stamm. Dabei gehe es auch darum, Druck gegen aussen aufzusetzen. «Der Bundesrat und die Gegenseite machen momentan keine Anstalten für eine langfristige Lösung der Zuwanderungsproblematik, darum ist uns im Moment auch die Ventilklausel als Mittel wichtig», so Stamm.

kritisieren nun auch Migrationspolitiker der grossen Parteien die Massnahme.

Für den SP-Nationalrat Hans-Jürg Fehr ist die Ventilklausel als Steuerungselement eine «stumpfe Waffe» und hat zwei grosse Nachteile: Dauer und Umsetzung. «Die Ventilklausel wirkt nur noch ein Jahr, im Mai 2014 stehen wir wieder vor den gleichen Fragen», so Fehr. «Zudem hat sich im letzten Jahr gezeigt, dass die Massnahme auf verschiedene Arten umgangen werden kann.» Zwar würden einige Zuwanderungskategorien gebremst, auf der anderen Seite nähmen jedoch die Kurzaufenthaltsbewilligungen zu. «Gescheiter wäre, man würde langfristige Lösungen entwickeln», findet Fehr.

«Nützt der SVP-Argumentation eher»

Fehr kann sich vorstellen, dass der Bundesrat die erweiterte Ventilklausel auch als politisches Manöver plant. Dies als Gegengewicht auf die bevorstehende Masseneinwanderungsinitiative der SVP, welche ebenfalls Kontingentierungen vorsieht und über die 2014 abgestimmt werden soll. Falls dies so sei, gehe

Der Bundesrat ist laut Stamm eigentlich gegen die Ventilklausel. «Aus taktischen Gründen wird er wohl aber daran festhalten.» Eigentlich wolle der Bundesrat überhaupt keine Beschränkungen, die Anrufung der Ventilklausel sei ein reines Manöver, um den bevorstehenden Zuwanderungsinitiativen vorzubeugen. «Doch diese Taktik wird nicht aufgehen», ist sich Stamm sicher. «Die Bevölkerung wird über kurz oder lang die Notbremse ziehen.»

Eine simple Verschiebung?

Kritik an der Ventilklausel kam dieses Wochenende auch von der «SonntagsZeitung». Demnach sei seit der Ausrufung der Ventilklausel die Zahl der Aufenthaltsbewilligungen für EU-Osteuropäer gegenüber dem Vorjahr zwar um 3800 zurückgegangen. Gleichzeitig hätten jedoch die nicht kontingentierten Jahresbewilligungen um rund 4700 zugenommen. Eine simple Verschiebung der Bewilligungsarten also?

Philipp Müller (FDP) bemerkt zu den Darstellungen im Artikel der «SonntagsZeitung», dass das Ausweichen von den sogenannten B-Aufenthaltsbewilligungen auf L-Bewilligungen nicht einfach schlecht sei. «Der Vorteil von L-Bewilligungen liegt auf der Hand», sagt Müller. «Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses hat der Betroffene nur Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung sofern er die Beitragszeit erreicht. Kein Anrecht hat er aber auf Sozialhilfe.» In diesem Sinne habe die Anrufung der Ventilklausel vor einem Jahr durchaus Erfolge gezeitigt. Durch die Verlagerung von Fünfjahresbewilligungen auf unterjährige Kurzaufenthaltsbewilligungen nehme die Belastung der Schweizer Sozialwerke ab.

Für Müller macht die Ventilklausel trotz aller Kritik Sinn als «Bremsmittel». Trotzdem möchte er nicht in der Haut des Bundesrats stecken: «Für den Bundesrat steht bei dieser Entscheidung vor allem die eigene Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.» Mehrmals sei die Ventilklausel der Bevölkerung als sinnvolle Regulierungsmassnahme zugesichert worden. Nun befinde man sich im Spannungsfeld zwischen aussenpolitischen Verpflichtungen und innenpolitischer Glaubwürdigkeit. «Problematisch ist zudem, dass aktuelle Zahlen fehlen», so Müller. «Der Bundesrat wird bloss einen Vorbehaltsentscheid auf der Basis von Hochrechnungen treffen können.»

«Wichtig für Glaubwürdigkeit der bilateralen Verträge»

Von den angefragten Politikern stellt sich einzig CVP-Nationalrat Gerhard Pfister hinter die Ventilklausel: «Diese Massnahme hat keine Schwachpunkte», sagt er. Die Steuerungsmöglichkeiten, die man damit erhalte, müsse die Politik unbedingt ergreifen. Zudem sei es ein integraler Bestandteil der Personenfreizügigkeit, dass die Ventilklausel angerufen werden kann. Dass taktische Überlegungen bei dem Entscheid eine Rolle spielen, kann sich Pfister zwar vorstellen. «Für den Bundesrat ist es aber auch wichtig, die Ventilklausel zu aktivieren, um die Akzeptanz der bilateralen Verträge zu erhöhen.» (baz.ch/Newsnet)

Tribüne Die Ventilklausel macht die Schweiz nicht weniger attraktiv für Zuwanderer. Die Konfrontation mit Brüssel lohnt sich nicht. *Thomas Gees*

Sehnsucht nach Symbolpolitik

Demnächst wird der Bundesrat entscheiden, ob er die im Freizügigkeitsabkommen vorgesehene Schutz- bzw. «Ventil»-Klausel weiter anwenden und neu auf den gesamten EU-Raum ausdehnen soll. Die neu entflammte Ausländerdebatte rund um die Ventilklausel erinnert an die 1960er-Jahre. Auch damals erwarteten viele von den Gewerkschaften bis zu den rechtskonservativen Bewegungen um den Zürcher Nationalrat James Schwarzenbach - griffige Massnahmen zur Einschränkung der Zuwanderung.

Wer nüchtern auf 50 Jahre schweizerische Migrationspolitik zurückschaut, kommt zum Schluss, dass politisch verfügte Zuwanderungsrestriktionen noch nie den beabsichtigten Effekt gebracht haben; auch die Ventilklausel steht in einer Tradition von wirkungslosen Zuwanderungsmassnahmen. Sollte der Bundesrat die Ventilklausel demnächst anrufen, wird er damit keine Wende schaffen. Er weiss es, und die meisten Befürworter der Ventilklausel wissen es auch.

Die Frage stellt sich: Warum ist bis tief in die Mitteparteien die Sehnsucht verbreitet, vom Bundesrat die Ventilklausel zu verlangen und damit einer rein symbolischen Politik das Wort zu reden? Das Begehren nach kontingentierter Zuwanderung gründet in einem interessanten, häufig aber missverstandenen Phänomen aus der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre. Damals nahm erstmals und einzig in der Nachkriegszeit der Anteil der Ausländer an der ständigen Wohnbevölkerung ab. Viele Politiker sind heute der Auffassung, dass die damals kontingentierte Zuwanderungspolitik für den Rückgang des Ausländeranteils verantwortlich war, weshalb eine Rückkehr zu diesen Massnahmen weit verbreitet und populär ist.

Warum aber ging Ende der 1970er-Jahre die Zuwanderung tatsächlich zurück? Als Folge der Öl- und Wirtschaftskrise sank die Beschäftigung in Europa und der Schweiz dramatisch, doch die Schweizer Arbeitslosenstatistik zeigte im Vergleich rekordtiefe Werte. Ungefähr 200 000 ausländische Arbeitslose kehrten der Schweiz den Rücken zu, weil sie hier keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen konnten. Nicht die Zuwanderungsrestriktionen, sondern eine schwere Rezession drosselte die Zuwanderung.

Der Bundesrat steht heute wie damals vor dem gleichen Dilemma. Auf

der einen Seite wird er von den Unternehmungen bedrängt, welche möglichst ungehindert auf Ausländer zurückgreifen wollen; zudem erwarten die europäischen Regierungen ganz einfach, dass die Schweiz ihren Arbeitsmarkt offen hält. Dies ist ein europäisches Gebot, eine wichtige Freiheit des Binnenmarktes. Will der Bundesrat die Schweiz europapolitisch vorwärtsbringen, wird er sich beim Ventilklausel-Entscheid überlegen müssen, ob er sich eine weitere Konfrontation mit Brüssel aufhalsen soll.

Luxemburg macht's vor

Nun gab und gibt es innenpolitisch starke Kräfte, welche mit der Zuwanderung Politik und Wahlkampf betreiben. In den 1960er-Jahren thematisierten diese Kreise zu grosse Schulklassen und zu wenig Spitalbetten, heute wird der Ausländeranteil mit Verweis auf überfüllte Züge und hohe Mieten beklagt. Damals wie heute tun die Politiker so, als liesse sich die Zuwanderung steuern, wenn man nur die richtigen Massnahmen anwenden würde.

Der Bundesrat und mit ihm die gewählten Volksvertreter im Parlament haben es in den vergangenen 50 Jahren versäumt, den Bürgerinnen und Bürgern die Schweiz als Einwanderungsland näher zu bringen. Statt über die Ventilklausel könnte man über das Beispiel Luxemburg diskutieren, das mit einem doppelt so hohen Ausländeranteil problemlos fertig wird. Die Schweiz ist faktisch Teil eines 500 Millionen zählenden Wirtschaftsraumes und damit ökonomisch ein Binnenland mit anhaltend hoher Zuwanderung. Die vielen europäischen Arbeitskräfte sind nicht die Kehrseite des wirtschaftlichen Erfolgs, sondern der sichtbare Ausdruck eines reichen Landes.

Thomas Gees, Historiker, ist Dozent am Fachbereich Wirtschaft der Berner Fachhochschule (BFH).

Die Ventilklausel steht in einer Tradition von wirkungslosen Zuwanderungsmassnahmen.

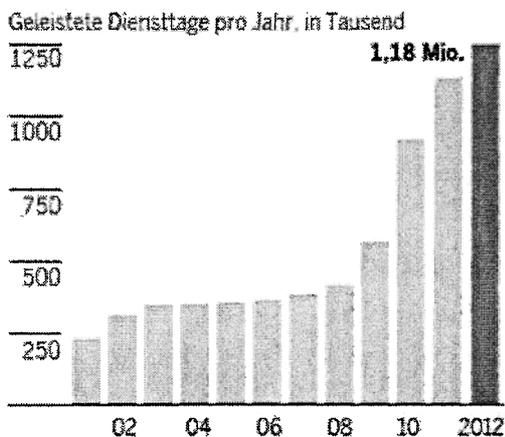
Bund prüft Zivi-Einsätze an Schulen

Von Christian Brönnimann. Aktualisiert um 06:17

Aufgabenhilfe, Pausenaufsicht oder Schnürsenkelbinden: Politiker und Experten sehen viel Potenzial für Einsätze von Zivildienstleistenden an Schulen. Der Bund prüft nun eine Gesetzesänderung.



Bisher selten an Schulen anzutreffen: Zivildienstleistender im heilpädagogischen Zentrum in Köniz. (11. Februar 2009)
Bild: Keystone



Fast 1,2 Millionen Dienstage absolvierten Zivildienstleistende im letzten Jahr – so viele wie nie zuvor. Deshalb ist der Zivildienst-Vollzugsstelle des Bundes jeder zusätzliche Einsatzplatz hochwillkommen. Um die Nachfrage der Zivildienstleistenden zu decken, sei in den nächsten fünf Jahren eine Steigerung der Platzzahl um etwa 50 Prozent nötig, sagt ein Sprecher der Vollzugsstelle.

TA-Grafik / Quelle: Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIV

Zivildienstleistende sind 1,18 Millionen Tage pro Jahr im Einsatz (Bild: TA-Grafik)



(Bild: TA-Grafik)

Einsätze von Zivildienstleistenden

Am häufigsten im sozialen Bereich

Die Zahl der geleisteten Tage von Zivildienstleistenden steigt kontinuierlich an. Anfang des Jahrtausends waren es noch unter einer Viertelmillion Tage pro Jahr, inzwischen sind es fast 1,2 Millionen. Seit der Abschaffung der Gewissensprüfung 2009 hat sich die Zahl der jährlich neu zugelassenen Zivis auf weit über 5000 mehr als verdreifacht.

Die Entwicklung stellt die Behörden vor grosse Herausforderungen. Denn die Plätze für sinnvolle Einsätze der Zivildienstleistenden sind rar. Gemäss Angaben der Zivildienst-Vollzugsstelle des Bundes gibt es aktuell gut 12 000 Einsatzplätze. Modellrechnungen der Vollzugsstelle zeigen, dass bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen die Zahl der Plätze bis 2018 auf 18'000 bis 20'000 gesteigert werden muss, um die Nachfrage zu decken.

Mit Abstand am häufigsten betätigen sich Zivildienstleistende im Sozialwesen. Mehr als die Hälfte der Diensttage absolvierten sie im letzten Jahr beispielsweise in einem Alters- oder einem Behindertenheim. Am zweithäufigsten waren mit knapp 17 Prozent Einsätze im Gesundheitswesen, also bei Betreuung und Pflege in Spitälern. Auf den weiteren Rängen folgen Einsätze für den Umwelt-

Neu erschlossen werden Bereiche wie Spitex und Alpwirtschaft.

Gelegen käme den Zivi-Verantwortlichen auch eine Gesetzesänderung, die der Bund derzeit prüft: die Aufnahme des Schulwesens in den Katalog der möglichen Einsatzgebiete. Denn mit der heutigen Regelung können Zivildienstleistende nur vereinzelt an Sonderschulen eingesetzt werden. Zudem leisten sie in Krippen Dienst: Die Zahl der Einsatzplätze hat sich dort seit 2008 auf 60 Plätze verdreifacht.

«Denkbar und sehr erwünscht»

Ob der **Bundesrat** die Gesetzesänderung vorschlagen wird, ist offen. Man stecke noch mitten in den Abklärungen, sagt der Sprecher der Vollzugsstelle. Zusätzlichen Druck macht jetzt EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller. In einer kürzlich eingereichten Motion fordert sie zusammen mit Exponenten aus CVP und BDP, Zivildienst-einsätze an Schulen zu ermöglichen. Die Chancen auf eine Parlamentsmehrheit sind intakt. Denn von links dürfte die Motion unterstützt werden. Aus den Reihen der SP kam vor einem Jahr bereits ein ähnlicher Vorstoss, damals jedoch noch in unverbindlicher Form.

Der Bundesrat ist der Idee nicht abgeneigt. Er werde sein weiteres Vorgehen auf eine Evaluation des Kantons Bern und der Vollzugsstelle stützen, liess er auf den SP-Vorstoss verlauten. Diese Evaluation ist inzwischen abgeschlossen. Und sie kommt zu einem eindeutigen Fazit: In fast allen Bereichen der Schule seien Einsätze Zivildienstleistender «denkbar und sehr erwünscht». Alle für die Studie Befragten – etwa 20 Vertreter von Behörden, Schulen und Lehrer – begrüßten den Vorschlag. Explizit wird deshalb empfohlen, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen.

Der Lehrerverband ist offen

und Naturschutz, für die Pflege von Kulturgütern und die Forschung sowie in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit. (bro)

Artikel zum Thema

**Mehr Schweizer leisten Zivildienst
Grosser Zahltag im Zivildienst
Zivildienst unter Beschuss**

Teilen und kommentieren

Stichworte

**Bundesrat
Zivildienst**

BLOG



Studienautor Claudio Stricker sieht am meisten Einsatzmöglichkeiten auf Kindergarten- und Unterstufe. Am Vormittag könnten Zivildienstleistende die Lehrkraft entlasten, etwa indem sie in Gruppen den Stoff repetierten oder bei ganz praktischen Dingen wie Schnürsenkelbinden anpackten, erklärt er. Danach folge Kochen oder Abwaschen für den Mittagstisch. Und am Nachmittag seien Aufgabenhilfe, Assistenz im Sportunterricht oder Mitarbeit im Hausdienst denkbar, so Stricker.

Der Dachverband der Schweizer Lehrerschaft (LCH) unterstützt den Vorschlag, wie Zentralpräsident Beat Zemp erklärt. Bedingung sei aber, dass Zivildienstleistende Lehrer nicht ersetzen, sondern ergänzen. Deshalb sei es nicht nötig, die jungen Männer speziell für den Schuleinsatz auszubilden. Sie dürften auch nie mit den Schülern allein gelassen werden. Zudem, so Zemp, müsse es den Schulen freistehen, ob sie Zivildienstleistende einsetzen wollten oder nicht. Denn die Schulen seien nicht dazu

da, die Probleme des **Zivildienstes** zu lösen.

Zum Knackpunkt werden könnten die Kosten. Denn die Schulvertreter, die für die erwähnte Studie befragt wurden, machten geltend, dass die Schulen nicht für den Einsatz der Zivildienstleistenden aufkommen könnten ohne «tief greifende Kürzungen» in anderen Bereichen. Deshalb fordern sie, dass Bund oder Kantone in die Bresche springen. Ob eine solche Sonderregelung ins Auge gefasst wird, ist unklar.

Männer auf Geschmack bringen

Motionärin Streiff-Feller will mit ihrem Vorstoss mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Neben der Entlastung der Lehrpersonen und der Entschärfung des Platzierungsproblems des Zivildienstes könnten die Schuleinsätze junge Männer auch auf den Geschmack bringen, eine Lehrerkarriere einzuschlagen, erklärt sie. Das wirke dem Mangel an Lehrern entgegen.

Skeptischer ist man auf bürgerlicher Seite: FDP-Nationalrat und Präsident der Bildungskommission, Christian Wasserfallen, findet es heikel, Zivis, die «keine Ahnung vom Lehrerberuf» hätten, in die Schulzimmer zu schicken. Das könne sich kontraproduktiv auf die Schüler auswirken, sagt er. Ratskollege Oskar Freysinger (SVP), selber Mittelschullehrer, signalisiert hingegen Offenheit. Wenn in einem Pilotprojekt aufgezeigt würde, dass an Schulen genügend Arbeit anfalle, um Zivildienstleistende Vollzeit zu beschäftigen, dann könne er dem neuen Einsatzbereich durchaus etwas abgewinnen, sagt er. (Tages-Anzeiger)



Kommentar

Maurice Thiriet, Redaktor Inland,
über Zivildienstleistungen in Krippen,
Kindergärten und Schulen.

Männer für unsere Kinder

Die Schweiz hat mit der Abschaffung der Gewissensprüfung jungen Männern den Zugang zum Zivildienst erleichtert. Das hat sich in stark steigenden Einsätzen Zivildienstleistender niedergeschlagen. Diese Entwicklung will nun eine Gruppe bürgerlicher Nationalräte aus EVP, BDP und CVP nutzbar machen. Die Motionäre fordern, dass Zivildienstleistende künftig auch in Kindergärten und Schulen Einsätze leisten können. Dies ist nach der heutigen Gesetzeslage nur in Ausnahmefällen möglich.

Es ist zu hoffen, dass die linke Rats-hälfte das Begehren unterstützt und ihm zu einer Mehrheit verhilft. Damit lassen sich drei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Erstens werden schnell viele Einsatzplätze für Zivildienstler frei, was die

akute Beschäftigungsnot im Zivildienstwesen lindert sowie unnötigen Leerlauf und sinnlose Einsätze verhindert. Zweitens fördern Einsatzplätze in Schulen und Kindergärten bereits im Kindesalter die Idee und die Akzeptanz einer zeitgemässen Zivildienstpflicht.

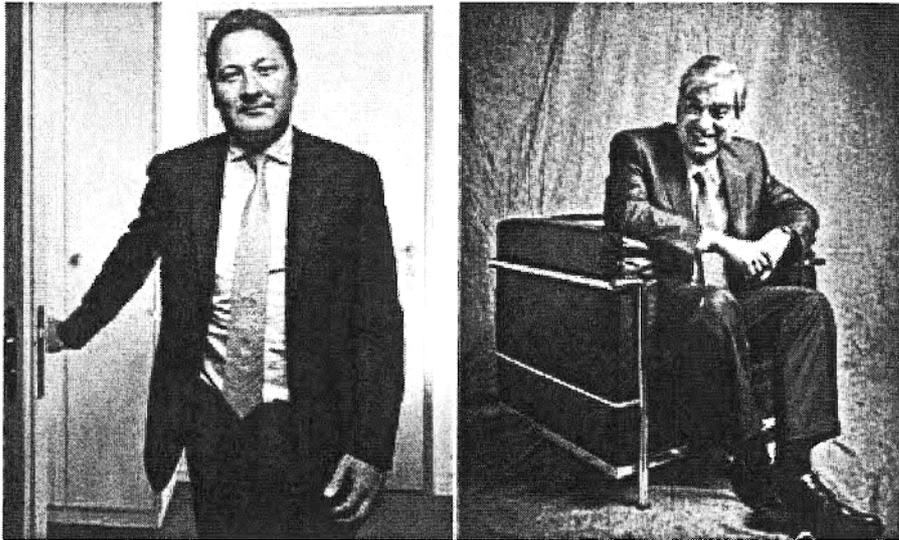
Drittens - und das ist in seiner unmittelbaren Wirkung für die Kinder der wichtigste Punkt - bringt es junge Männer in unser Erziehungs- und Bildungswesen, in dem freiwillig immer weniger Männer arbeiten wollen. Nahezu 95 Prozent der Lehrpersonen an Kindergärten sind Frauen, an den Primarschulen sind es 83 Prozent und selbst auf Sekundarstufe noch drei Viertel. Und die Tendenz ist auf allen Stufen steigend. Kindern, deren Väter 100 Prozent arbeiten oder getrennt von ihnen leben, fehlen männliche Rollenvorbilder und Bezugspersonen, was besonders Buben gern mit karikierten Mannsbildern wie Spiderman oder Usher zu kompensieren suchen.

Bei der derzeitigen Gesetzeslage ist es möglich, Zivildienstler im Gesundheits-, im Sozial- oder im Forstwesen, in der Landwirtschaft, im Kulturgüter- oder im Umweltschutz und in der Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Diese Einsatzgebiete in Ehren, aber wenn wir die dienstpflichtigen jungen Männer dort einsetzen wollen, wo ihre Präsenz gerade am nötigsten ist, dann müssen wir sie auch in die Schulen und Kindergärten schicken können.

Dort werden sie am dringendsten gebraucht.

Economiesuisse: Die Liga der Ratlosen

Die verlorene Abzocker-Initiative hat Economiesuisse in eine Sinnkrise gestürzt. Nach aussen wird Courant normal demonstriert, intern brodeln es. Und alle ziehen die Köpfe ein.



Verbandsdirektor Pascal Gentinetta (links) und Präsident Rudolf Wehrli: (noch) getragen vom Goodwill des Vorstands.

Anzeige

Auch Tage nach dem Auftritt kann er es kaum fassen. «Es hat mich fast vom Stuhl gehauen, als ich mit anhören musste, wie sich Rudolf Wehrli in der Rundschau um Kopf und Kragen redete», erzählt eines der profiliertesten Vorstandsmitglieder des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse. Und ein anderer meint: «Wir haben Wehrli gewählt, weil er glaubwürdig erschien. Und nun das.»

Rudolf Wehrli, gerade mal seit sechs Monaten Präsident des wichtigsten Verbands der Schweiz, hat sich im Nachgang zur Abstimmung über die Abzocker-Initiative von Thomas Minder im Fernsehen den Fragen des Moderators gestellt. Sein knapp achtminütiger Auftritt hat gereicht, die vernichtende Abstimmungsniederlage von Economiesuisse in ein gewaltiges Fiasko zu verwandeln. Damit nicht genug. Im normalen Leben ist Wehrli Verwaltungsratspräsident des Chemiekonzerns Clariant. Dessen CEO Hariolf Kottmann streicht für 2012 ein Vergütungspaket von 7,4 Millionen Franken ein. Wie sagte doch Wehrli an der Economiesuisse-Presskonferenz von Anfang Jahr treffend: «Masslosigkeit bei den Löhnen schadet der Schweiz und setzt langfristig den sozialen Zusammenhalt aufs Spiel.»

Bei Economiesuisse wurde dem Vorstand signalisiert, Zweckoptimismus zu verbreiten. Aus diesem Grund lässt sich keines der immerhin 66 Vorstandsmitglieder mit kritischen Voten zitieren. Wer sich dazu durchringt, ein Statement abzugeben, spielt die Probleme herunter. «Wir haben eine Abstimmung verloren, das ist doch nicht so schlimm. Nur wird die ganze Schuld nun der Economiesuisse in die Schuhe geschoben», meint Werner Hug, Mitglied im Vorstands-ausschuss sowie Präsident des gleichnamigen Guetslibäckers aus dem luzernischen Malters. Und für Werner Messmer, Vorstandsmitglied sowie Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbands, steckt Economiesuisse «nicht in der Krise. Vielmehr sieht sich der Verband grossen Imageproblemen ausgesetzt.»

Niederlage vorausgesehen. Doch im Kreis des Vorstands gärt es. Zumal sich die umstrittenen Grossverdiener zuhauf in den eigenen Reihen tummeln. «Klar fehlt es uns an Glaubwürdigkeit. Das ist doch kein Wunder bei einem Verband, wo viele Firmen, die Abzocker beschäftigen, vertreten sind», wettet einer, der sonst ein mittelgrosses Unternehmen leitet. Dabei zielt er auf Manager wie Urs Rohner von der CS, Rolf Dörig von der Swiss Life, Gottlieb Keller von Roche, Remo Lütolf von ABB oder Lukas Gähwiler von der UBS.

Auf Unverständnis im Economiesuisse-Zirkel gestossen ist die Politik der UBS. «Da schreiben die einen Riesenverlust von 2,5 Milliarden, schütten aber dessen ungeachtet gleich viel an Boni aus. Wie ist so etwas möglich? Dass dann Leute wie Gähwiler im Vorstand von Economiesuisse sitzen, untergräbt unsere Glaubwürdigkeit zusätzlich», wettet ein Ausschussmitglied. Zur Erleichterung nicht weniger Vorstände ist immerhin das Paradigma für Abzockerei, Ex-Novartis-Lenker Daniel Vasella, bei Economiesuisse ausgetreten.

Ein schiefes Licht auf die Glaubwürdigkeit des Wirtschaftsverbands wirft im Weiteren, was zwei Vorstände erzählen – unabhängig voneinander. Schon Monate vor der Minder-Abstimmung «war den meisten im Vorstand klar, dass wir diesen Urnengang nicht gewinnen können». Eigentlich hätte man angesichts der höchst bescheidenen Chancen entscheiden müssen, «wir machen keine Kampagne und sparen Millionen. Doch dann hätten uns die Mitglieder eingeeizt», meint ein Vorstand. Dass die Abstimmung kaum zu gewinnen war, das hat wohl auch Gerold Bührer schon früh erkannt. Der gewiefte Politiker führte 2006 Economiesuisse aus einer schweren Krise, wollte sich im Herbst 2012 jedoch nicht mehr wählen lassen. Der Vorstand «hat bis zuletzt gehofft, dass Bührer noch ein Jahr anhängt», erinnert sich ein Mitglied. Nun ist klar, weshalb dieser sich endgültig verabschiedete.

Bei Economiesuisse täte eine offensive Kommunikation not. Dies haben denn auch mehrere Vorstandsmitglieder angeregt. Doch Rudolf Wehrli ist ganz offensichtlich überfordert. Zudem ist er in Sachen Economiesuisse auf Tauchstation gegangen. Gegenüber BILANZ wollte er partout nicht reden, meinte dafür flapsig: «Da können Sie genauso gut einen Ziegenbock zu melken versuchen.»

Also musste Economiesuisse-Direktor Pascal Gentina in die Lücke springen. Nur ist dieser solche Auftritte nicht gewohnt. Das Reden und Draufhauen besorgte einst Ex-Präsident Gerold Bührer, die beiden waren das perfekte Gespann. Gentina selbst, so ein Vorstand, könne zwar «auch forsch auftreten, wirkt aber schnell arrogant».

Business as usual. Bei den meisten Vorständen herrscht Ratlosigkeit darüber, wie die angeschlagene Glaubwürdigkeit wiederhergestellt werden kann, ja wie es überhaupt weitergehen solle. Von solchen Zweifeln will Pascal Gentinetta nichts spüren. Am Abend des 18. März, gleich nach der Vorstandssitzung, meldete sich telefonisch ein unüberhörbar aufgekratzter Economiesuisse-Chef. Von Krisensitzung habe er nicht die kleinste Spur festgestellt, die Stimmung sei entspannt, die Vorstandsmitglieder locker gewesen. «Es war eine seit über einem Jahr geplante ordentliche Sitzung», versucht Gentinetta Routine zu signalisieren. «Der Vorstand hat sein Vertrauen in die bestehenden Strukturen und Personen bekräftigt», meint er in gedrechseltem Verbandsdeutsch. Im Klartext: Kein Vorstand hat gefordert, dass Rudolf Wehrli zurücktreten solle. Oder gar Pascal Gentinetta.

«Ich finde nach wie vor, Rudolf Wehrli ist die richtige Person für diesen Job», stärkt ihm auch Hans Hess, Vizepräsident von Economiesuisse und Swissemem-Präsident, den Rücken. Werner Hug möchte den Economiesuisse-Präsidenten ebenfalls nicht mit dem Bad ausschütten – wenn auch eher aus pragmatischen Gründen: «Es ändert sich nichts, wenn man einfach Köpfe rollen lässt. Wir leben doch nicht in der Welt des Fussballs, wo der Trainer nach Niederlagen seinen Koffer packen muss.» Andere Vorstände murren zwar, hüten sich jedoch davor, öffentlich als verkappte Königsmörder aufzutreten. Damit herrscht offiziell breiter Konsens, Wehrli noch eine Chance einzuräumen. Zumal er im Herbst 2015 seinen Stuhl sowieso räumen muss; aus Altersgründen kann der 63-Jährige nur eine Amtsperiode absolvieren.

Der Präsident ist damit allerdings noch lange nicht aus dem Schneider. Für manches Vorstandsmitglied hat Wehrli lediglich etwas Zeit gewonnen. Diese Zeit sollte er nutzen, um an Statur zuzulegen. Zwar gilt der doppelte Doktor der Theologie und Philosophie als Brückenbauer, wird als umgänglich und integer gelobt. Nur reichen diese Eigenschaften nicht aus, um den wichtigsten Wirtschaftsverband der Schweiz, der die Interessen von etwa 100 000 Unternehmen mit rund zwei Millionen Beschäftigten vertritt, durch die stürmische See zu steuern. «Wehrli ist alles andere als das Idealbild eines entschlossenen Leaders», merkt eines der bedeutendsten Vorstandsmitglieder an.

Verlorene Leadership. Rudolf Wehrli jedoch bietet sich kaum mehr so schnell eine weitere Gelegenheit, sich derart in Szene zu setzen wie bei der Minder-Initiative. Zwar stehen weitere, für den Wirtschaftsstandort Schweiz und damit für Economiesuisse noch bedeutungsvollere Urnengänge an als die Abzocker-Initiative. Beispielsweise die im Herbst zur Abstimmung gelangende 1.12-Initiative der Jungsozialisten (Juso), mit der die höchsten Managersaläre auf das Zwölfwache des tiefsten Lohns im Unternehmen gedeckelt werden sollen. Eine nicht minder wichtige Volksbefragung ist aber auch jene über die Personenfreizügigkeit oder die Erbschaftssteuer-Initiative, für die noch keine Termine angesetzt sind.

Dieser Tage laufen die Diskussionen zwischen Economiesuisse, dem Schweizerischen Arbeitgeberverband und dem Schweizerischen Gewerbeverband, wer mit Blick auf die Abstimmungen bei den Kampagnen den Lead übernehmen solle. Sogar in den Reihen der Economiesuisse ist klar, dass der Wirtschaftsdachverband zurückstehen soll. Die Glaubwürdigkeit ist zu

schwer angeschlagen. «Würde Economiesuisse die Kampagnenführung für 1:12 übernehmen, wäre die nächste Katastrophe vorprogrammiert», sagt ein Vorstandsmitglied.

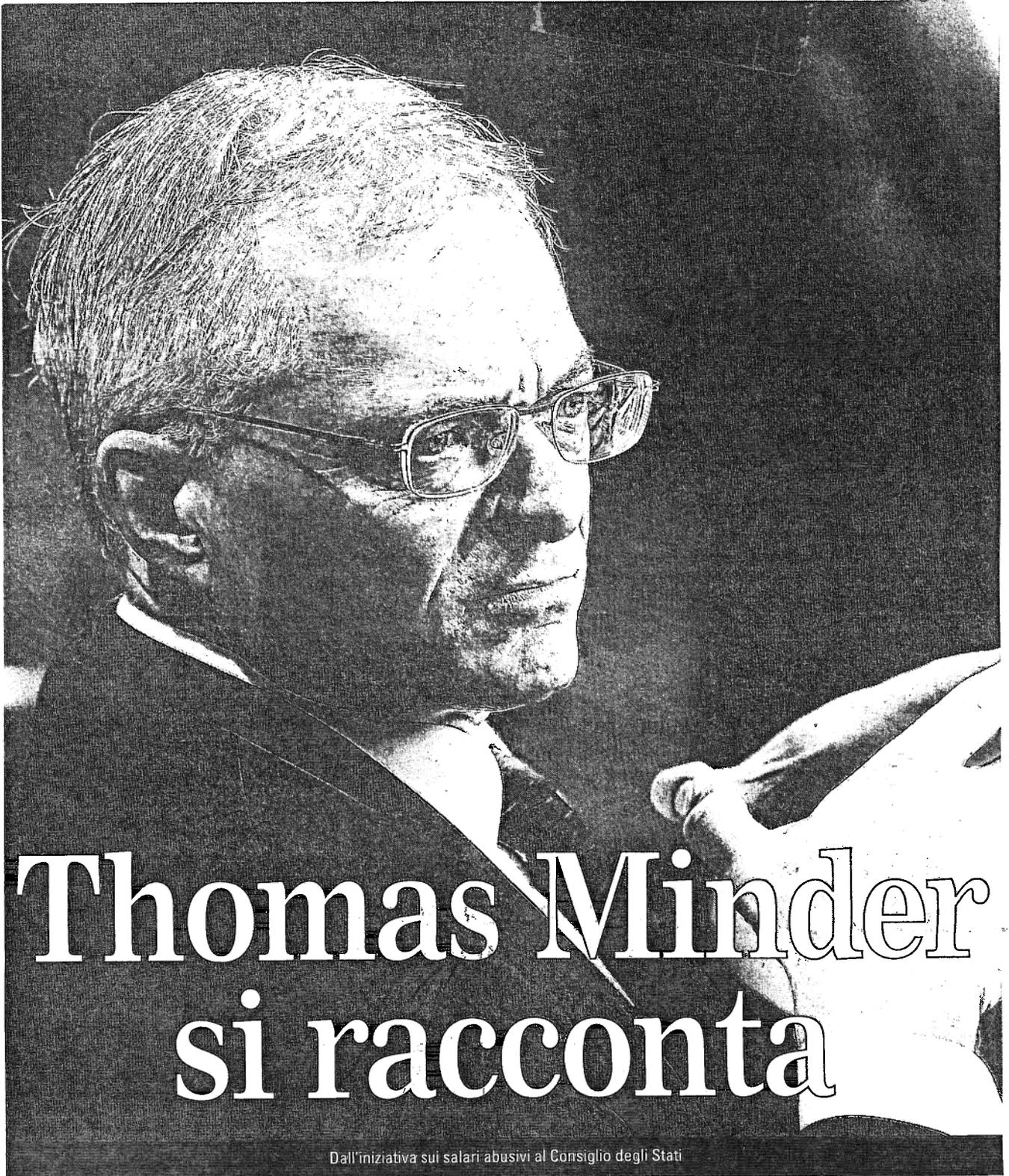
Die Linke schaut dem Hauen und Stechen der Spitzenverbände amüsiert zu. Sie nutzt die Schwäche von Economiesuisse, um deren Bedeutung noch weiter zu untergraben. So fordert die Winterthurer SP-Kantonsrätin Mattea Meyer mittels eines Postulats, dass die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich aus dem Wirtschaftsverband austreten solle; sie ist übrigens schweizweit als einzige Volkswirtschaftsdirektion dort Mitglied. Die Zürcher Kantonsregierung sieht keinen Grund für einen Austritt. Meyer lässt sich nicht beirren, sieht «sehr gute Chancen für das Postulat, zumal ich auch positive Rückmeldungen von der SVP erhalten habe», wie sie gegenüber BILANZ ausführt. Der SP-Frau geht es nicht um den lächerlichen Jahresbeitrag von 1000 Franken, sondern um den Verband selbst. «Economiesuisse ist ein Interessenverband der Abzocker und Grossunternehmen, der sich finanzkräftig an Abstimmungskampagnen beteiligt und dabei oft fragwürdige Instrumente anwendet. Das Stimmvolk hat seiner Politik eine klare Abfuhr erteilt.»

Die Flinte auf die Economiesuisse angelegt hat auch Marco Kistler, Glarner Landrat (SP/Juso). Er reichte beim Landrat eine Interpellation ein. Kistler findet es stossend, dass der Verband Schweizerischer Kantonalbanken (VSKB) Mitglied bei Economiesuisse ist. Denn die Glarner Kantonalbank, zu 100 Prozent im Besitz des Kantons, ist über ihre Mitgliedschaft beim VSKB ebenfalls mit dem Wirtschaftsdachverband liiert. «Damit werden Economiesuisse und deren Millionen-Kampagnen indirekt durch Geld der Glarner Bevölkerung mitfinanziert.» Der Jungpolitiker hat bislang zwar nur Fragen gestellt. Doch die Interpellation stösst überkantonal in Juso-Kreisen auf Beifall. Auch die Juso Thurgau will mit einer Anfrage nachziehen. «Es wäre wünschenswert, wenn wir schweizweit eine Welle losgetreten haben», sagt Marco Kistler.

Absetzbewegung. Solche Scharmützel mögen für den mächtigsten Verband der Schweiz drittrangig sein; dem Image sind sie nicht zuträglich. Weitaus schwerer wiegt der – vorderhand erst angekündigte – Austritt des Verbands der Schweizerischen Uhrenindustrie FH, von Economiesuisse «mit Bedauern zur Kenntnis genommen». Da sind immerhin mehr als 200 Unternehmen vereinigt. Einige Vorstände bei Economiesuisse schliessen weitere Austritte vor allem von kleineren Verbänden oder Unternehmen nicht aus. Diese scheuen zunehmend, mit dem Wirtschaftsdachverband und damit mit der Abzockermentalität in Verbindung gebracht zu werden.

Derweil übt man sich bei Economiesuisse in ungewohnter Demut. «Wir haben die Botschaft des Stimmvolkes verstanden und wollen die entsprechenden Konsequenzen ziehen», sagt Verbandsdirektor Pascal Gentinetta nachdenklich. Und fügt leise an: «Wir müssen aus jeder Niederlage lernen.» Doch die stille Einkehr dauert nur Sekunden, dann schwimmt der Schweiz oberster Wirtschaftslobbyist wieder im alten Fahrwasser: «Aber auch aus jedem Erfolg. Nur so konnten wir bis jetzt bei Abstimmungskampagnen eine Erfolgsquote von etwa 90 Prozent sicherstellen. Eine Quote, um die uns im Übrigen viele beneiden.»

Da ist er wieder, der altbekannte Übermut. Economiesuisse hat vielleicht aus der Niederlage doch nichts gelernt.



Thomas Minder si racconta

Dall'iniziativa sui salari abusivi al Consiglio degli Stati

Berna - È lui l'uomo politico dell'anno in Svizzera. Non vi possono essere dubbi dopo il clamoroso successo della sua iniziativa contro le remunerazioni abusive. Una battaglia che Thomas Minder ha vinto contro tutti: il Consiglio federale, la maggioranza del parlamento, i partiti del centrodestra e, soprattutto, le grandi lobbies, economiesuisse in testa. Tutto questo in un Paese nel quale le iniziative popolari non hanno vita facile nella maggior parte dei casi.

Ma chi è Thomas Minder?

«Sono un piccolo imprenditore. Dirigo una azienda. La Kosmetikfirma Trybol, che produce dentifrici e cosmetici e che ha sede a Neuhausen, nel canton Sciaffusa. Ho alle mie dipendenze una ventina di impiegati. Si tratta di una società a conduzione familiare che era stata creata nel 1963. La mia è una ditta che può essere catalogata tra le Piccole e medie imprese, le Pmi.

In passato non avevo mai fatto politica fino all'elezione, un anno e mezzo fa, al Consiglio degli Stati. A spingermi verso l'impegno politico è stata, naturalmente, l'iniziativa contro le remunerazioni abusive.

A Sciaffusa nel 2011 si erano liberati dei seggi. Così mi sono detto: va bene, provo ad andare a Berna. Certo, senza l'iniziativa non sarei mai stato eletto nel parlamento federale, questo è chiaro».

“

Non avevo mai fatto politica

”

Il successo popolare rappresenta solo il primo passo. Ora spetta al governo e al parlamento tradurre i principi dell'iniziativa sui cosiddetti 'Abzocker' in atti legislativi concreti. Come vede il futuro?

«Bisogna prima di tutto lasciare lavorare la signora Sommaruga e il parlamento. Spero che si possa arrivare ad adottare l'ordinanza di applicazione della mia iniziativa entro la fine dell'anno. Se tale scadenza sarà rispettata le assemblee degli azionisti delle società quotate in Borsa potranno esprimersi già nel 2014 sulla base di nuove regole. Tutto questo in attesa che si proceda a una revisione della legislazione sul diritto delle società anonime, una revisione che è stata messa da parte a partire dal 2008. Ora è arrivato il momento di rilanciare il discorso».

Tra le critiche formulate anche da chi ha sostenuto l'iniziativa vi è quella legata ai 'bonus' che non sarebbero toccati. Cosa risponde?
«Sono toccati, eccome, se ci riferiamo ai membri degli organi dirigenti delle società quota-

potremmo definire problematici».

In parlamento lei è inserito nel gruppo Udc come indipendente dopo che non è stato accettato dai Verdi liberali. Eppure Blocher non ha sostenuto la sua iniziativa. Come l'ha presa?

«Blocher ha fatto male. Il suo comportamento mi ha disturbato. È stata per me una grossa delusione. In un primo tempo ha appoggiato l'iniziativa sulle retribuzioni abusive,

“

Blocher mi ha molto deluso

”

poi ha partecipato alla campagna per combatterla.

Ha lavorato con economie svizzesse. Anche con i suoi soldi. Non mi è piaciuto il suo comportamento. Comunque, per il momento, mi sta bene di lavorare con il gruppo Udc».

Anche perché su alcuni temi, come gli stranieri, lei non è lontano dalle posizioni democristiane. È vero che è favorevole all'iniziativa Ecopop che vuole limitare in Svizzera la crescita demografica?

«Sì, non possiamo permetterci di lasciare entrare 80'000 mila persone ogni anno in Svizzera. Non può durare. A meno di voler cementificare tutto il territorio.

Io adoro il Ticino e la sua natura. Ma il paesaggio del vostro cantone è a rischio. Uno straniero che arriva in Svizzera e lavora due anni ha i medesimi diritti di uno svizzero che ha lavorato qui quarant'anni.

Se lo straniero perde il suo posto di lavoro rimarrà in Svizzera interamente a nostro carico. Il sistema sociale, in questo modo, rischia di implodere».

te in Borsa e a coloro che fanno parte della direzione di un gruppo. Fanno eccezione unicamente gli impiegati».

Cosa l'ha spinto a condurre questa battaglia?

«La sorgente di tutto è stato il fallimento di Swissair. Si è trattato della punta di un 'iceberg'. La distribuzione di remunerazioni milionarie all'interno dei grandi gruppi anche di fronte a perdite cospicue è diventata una regola. Si tratta di una pratica che non è cambiata negli ultimi venti anni. Allora si parlava di alcune centinaia di milioni, oggi di miliardi. Ogni anno. E questa l'unica differenza, in peggio naturalmente. Ma io non riesco a capire queste cose».

Thomas Minder non si considera un uomo di sinistra. In economia si definisce anzi un liberale. Eppure ha condotto una dura battaglia contro i gruppi più potenti del Paese. Come mai?

«Sì, sono un liberale. Proprio per questo non posso accettare che non vi sia alcuna relazione tra le remunerazioni percepite dai dirigenti delle principali società quotate in Borsa e i loro risultati economici. Spesso non vi è neppure nessun legame con i loro meriti personali. Ciò non è sano. L'ultimo esempio è quello di Sergio Ermotti che ha ricevuto un supplemento del 5 per cento e un 'bonus' di 6 milioni a fronte di una perdita di 2,8 miliardi di Ubs».

Quanto le è costata la campagna?

«Poche centinaia di migliaia di franchi. Per questo sono

contento. Economie svizzesse non è riuscita a comprare la democrazia diretta. Ciò significa che abbiamo un sistema politico che funziona ancora. Di ciò dobbiamo essere fieri. I milioni di economie svizzesse non sono serviti a nulla. Vi è chi ha parlato di 8 milioni, ma secondo me ne sono stati spesi di più per combattere la mia iniziativa. Un istituto specializzato ha stimato che solo in gennaio economie svizzesse ha investito quasi sei milioni di franchi».

Sempre a proposito delle enormi disparità di reddito che tendono a crescere in Svizzera, il popolo sarà chiamato a esprimersi su altre due proposte. Penso all'iniziativa 1/12 dei Giovani socialisti e a quella per un salario minimo lanciata dai sindacati. Qual è la posizione di Thomas Minder?

«Il testo della mia iniziativa non era né di destra né di sinistra. Quando l'ho elaborato ho guardato soprattutto al centro».

Ora ci sono cittadini che mi chiedono di lanciare altre iniziative. Lo farò se necessario. Ma preferisco concentrarmi sul lavoro parlamentare. Anche perché ci vogliono non solo molti soldi, ma altrettante energie».

Torniamo alla iniziativa 1/12 e al salario minimo. Qual è dunque la sua posizione?

«L'iniziativa che propone di introdurre un salario minimo di 4mila franchi non l'ho ancora esaminata. Ho una certa simpatia per quella dei Giovani socialisti, come ho affermato al Consiglio degli Stati. Ma

la trovo mal fatta. Se accolta potrà essere aggirata facilmente. E mi sembra anche che imponga troppe restrizioni».

Non si è mai sentito minacciato a livello economico per le sue prese di posizione?

“

Troppi giovani senza un lavoro

”

«Sinceramente no. Anche perché la mia azienda vende direttamente i suoi prodotti alle farmacie e alle drogherie. Lavoriamo anche per terzi, ma soprattutto sul mercato estero. Certo che, per chi fa politica, sarebbe preferibile non avere una attività commerciale indipendente».

Il lavoro e la politica. A parte ciò cosa fa, nella vita, Thomas Minder?

«Amo soprattutto la natura, gli uccelli e gli animali. Pratico pure lo sport, molti tipi di sport. Dallo sci alla bicicletta e vado a correre ogni giorno. Nell'esercito ero capitano e ho comandato una compagnia di fucilieri».

Tornando alla politica. I suoi prossimi obiettivi?

«C'è molto da fare. Sono da

un anno e mezzo in parlamento. Tra i problemi che mi preoccupano maggiormente vi è la disoccupazione giovanile. In Svizzera abbiamo 20mila giovani senza un lavoro. Per fortuna non arrivano da noi i giovani greci e spagnoli nei cui Paesi la percentuale dei giovani senza lavoro arriva anche al 50 per cento. In un anno e mezzo al Consiglio degli Stati non ho mai sentito parlare di questa questione. Non ho una soluzione.

Ma dobbiamo occuparcene. Ci sono giovani difficili, questo è vero. La questione non riguarda, tuttavia, solo i casi che



**Unione Democratica di Centro
Partido Popular Svizra**



Deluso da Blocher

Tempo für die Minder-Initiative

Eine Auswahl von Ideen aus der Juristenküche

Das Justizdepartement will bis Ende Mai einen Entwurf für die Umsetzung der Minder-Initiative vorlegen. Externe Juristen haben bereits diverse konkrete Vorschläge gemacht.

hus. Die Verordnung des Bundesrats zur Umsetzung der Minder-Initiative soll bereits auf Anfang 2014 in Kraft treten. Damit dies möglich ist, will das Justizdepartement bis Ende Mai einen Verordnungsentwurf vorlegen, wie die Bundesbehörden vergangene Woche ankündigten (NZZ 27.3.13). Nicht nur Bundesjuristen, sondern auch externe Aktienrechtsexperten sehen sich angesichts des Zeitdrucks zu einem Effort gedrängt. Seit der Annahme der Volksinitiative vor Monatsfrist waren bereits diverse Expertentagungen und Fachartikel der Umsetzung des Volksvorschlags gewidmet. Im Kern geht es darum, den Forderungen der Initiative gerecht zu werden, ohne den börsenkotierten Unternehmen unnötig enge Fesseln anzulegen.

Der St. Galler Jurist Daniel Häusermann spricht sich in einem neuen Aufsatz für die «Schweizerische Juristenzeitung» für eine besonders starke Lockerung der Vorgaben aus. Demnach sollen die Aktionäre gewisse Grundforderungen der Initiative (wie die einjährige Amtsdauer für Verwaltungsräte und die bindende Abstimmung über die Geschäftsleitungsbezüge) per Beschluss der Generalversammlung (GV) aufweichen können, wie das schon der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments vorgesehen hatte. Politisch erscheint eine solch lockere Interpretation der Initiative aber nicht angebracht – ausser man will im Hinblick auf die nächste «Abzocker-Abstimmung» (1:12-Initiative) zusätzliche Empörung hervorrufen. Ein solches Vorgehen dürfte weder im Bundesrat (für die Verordnung) noch im Parlament (für das spätere Gesetz) mehrheitsfähig sein.

Spielräume gibt der Initiativtext dagegen in der Art, wie die (bindende) Abstimmung über die Bezüge von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung durchzuführen ist. Der Zürcher Rechtsprofessor Hans Caspar von der Crone schlägt in seinem Verordnungsentwurf folgendes Verfahren vor: Die GV genehmigt jährlich die Gesamtsumme der Vergütungen für Verwaltung/Geschäftsleitung/Beirat für das laufende Geschäftsjahr, diese Gesamtsumme kann als Höchstbetrag festgesetzt sein und auch von Kennzahlen wie etwa dem Geschäftserfolg abhängig gemacht werden (sofern die Grundsätze der Berechnung nachvollziehbar sind), und die Summe kann auch eine Reserve enthalten. Die Statuten (und damit die Aktionäre) haben zudem die Grundsätze festzulegen, nach denen bei einem Nein der GV der Vergütungsausschuss des Verwaltungsrats die Vergütungen zu bestimmen hätte. In den Arbeitsverträgen wären entsprechende Vorbehalte anzubringen. Dieses Verfahren gäbe den Unternehmen noch gewisse Spielräume und verstiesse dennoch nicht gegen Wortlaut und Geist der Minder-Initiative.

Zusätzliche Spielräume erten die Rechtsexperten Hans-Ueli Vogt und Manuel Baschung (ebenfalls Universität Zürich). Gemäss ihrer Variante könnte eine GV auch über einen mehrjährigen Vergütungspool im Voraus beschliessen, da die von der Initiative geforderte «jährliche» Abstimmung nicht zwingend bedeute, dass jeweils nur über das laufende oder vergangene Geschäftsjahr zu befinden sei. Das erscheint als eher mutige Interpretation. Diese wird allerdings auch im Initiativkomitee als denkbare Variante gewertet. Durch ein solches Vorgehen soll die prinzipielle Verbindlichkeit von Arbeitsverträgen durch die Gewissheit der genehmigten Budgets gespiegelt sein.

Solche Ideen deuten an, dass auch eine getreue Umsetzung der Initiative den Firmen noch gewisse Gestaltungsspielräume offenhalten könnte.

TENDANCE Les propriétaires ont grossi leur rangs en dix ans. Analyse.

De plus en plus de Suisses vivent sous leur propre toit

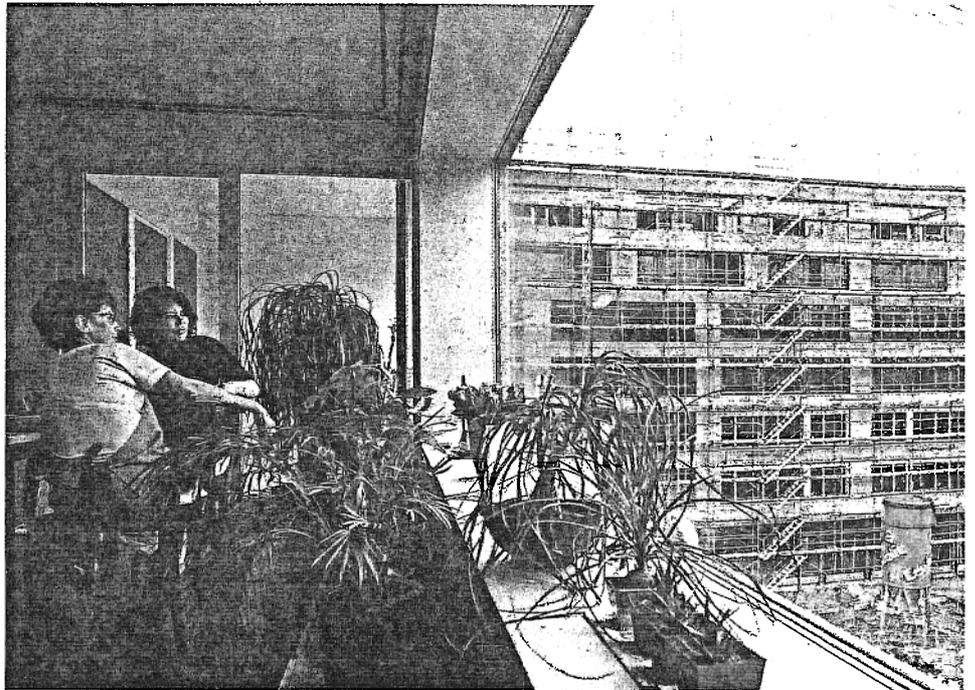
SARA SAHLI

Vivre sous son propre toit? Si les Helvètes restent majoritairement un peuple de locataires, ils sont de plus en plus nombreux à accéder à la propriété de leur logement. Selon les chiffres de l'Office fédéral de la statistique (OFS), 36,8% de la population était propriétaire d'une habitation en 2010, soit 200 000 ménages de plus que dix ans auparavant.

Cette tendance n'étonne guère Olivier Feller, secrétaire général de la Fédération romande immobilière. «Plusieurs facteurs expliquent cette progression. Déjà, les taux hypothécaires sont restés historiquement bas ces dernières années. Les taux, généralement fluctuants, ont aussi fait place à des taux fixes», analyse le conseiller national PLR.

Boom de la propriété par étage

«Pouvoir bénéficier d'un taux fixe garanti sur dix ans est sécurisant pour l'acheteur et en a convaincu plus d'un d'accéder à la propriété. Vu les circonstances actuelles, les frais de logement d'un propriétaire sont souvent plus bas qu'un loyer», ajoute Olivier Feller.



L'essor de la propriété par étage a convaincu beaucoup de citoyens d'acheter un logement. KEYSTONE

Autre facteur: le boom des propriétés par étage. Même si la majorité des Suisses achète une maison (891 400 au total), la propriété par étage a le plus progressé avec 373 500 ménages qui ont opté pour ce type d'achat, soit plus de 57% en dix ans:

Une tradition rurale

«L'essor de la propriété par étage a facilité l'acquisition de logements ces dernières années, y compris dans les centres urbains», observe le secrétaire général de la Fédération romande immobilière. «Ce type d'achat ouvre la propriété à beaucoup de citoyens, les moins nombreux généralement à posséder leur logement.»

Le facteur géographique reste important. «Les centres-villes ont toujours compté le taux de propriétaires le plus faible. Les offres sont moins nombreuses et les coûts beaucoup plus élevés», analyse encore Olivier Feller. «Et puis, la propriété fait souvent partie des

traditions rurales, liées à l'héritage, comme en Valais».

Pas de surprise, donc, si les régions rurales abritent la plus grande proportion de propriétaires. Les Jurassiens arrivent en tête avec 58% de propriétaires, suivis de près par les Valaisans, dont 56% de la population possède son logement. En Suisse alémanique, c'est Appenzell Rhodes-Intérieures qui compte le plus de propriétaires avec 51 pour cent. En queue de

peloton, on trouve les cantons de Genève (17%) et Bâle-Ville (14,16%).

Même si les Helvètes comptent de plus en plus de propriétaires dans leurs rangs, leur proportion reste infime. «La Suisse compte encore le taux de propriétaires le plus bas d'Europe», relativise Olivier Feller. «Cela s'explique par la qualité des logements mis en location. Certains se découragent aussi par les responsabilités qu'engage la propriété.»

« La Suisse compte encore le taux de propriétaires le plus bas d'Europe. »



OLIVIER FELLER
SECRETAIRE
GENERAL
DE LA FEDERATION
ROMANDE
IMMOBILIERE

LES LOCATAIRES NEUCHÂTELOIS BIEN LOTIS

La location concerne toujours plus de 60% de la population. Un tiers des ménages, soit 666 700, habitent dans un trois pièces dont le loyer moyen est de 1216 francs, ce qui représente 40 francs de plus que dix ans auparavant. Toutes tailles de logement confondues, la moyenne suisse s'inscrit à 1284 francs. Les Suisses ne sont toutefois pas égaux devant la facture. Le Jura, Neuchâtel, le Valais et Glaris affichent les loyers les plus bas: les Jurassiens ne doivent déboursier en moyenne que 902 francs.

Les Zouglois, les Schwyzois et les Zurichoïses sont au contraire les plus mal lotis. Dans le canton de Zoug, le loyer moyen est de 1740 francs, soit près de 36% de plus que la moyenne suisse. © ATS

EU will die Schweiz benachteiligen

Die EU will Schweizer Airlines diskriminieren. Nationalrat Thomas Hurter (SVP) fordert eine heftige Reaktion aus Bern.

Alle in der EU startenden und landenden Flugzeuge werden ins Europäische Emissionshandelssystem (EU ETS) eingebunden: **Sie müssen eine Klimaabgabe zahlen.** So will es die EU. Aber nach Protesten, etwa von den USA, plant die EU nun, die Abgabe vorerst auf Flüge innerhalb der EU- und Efta-Länder zu beschränken. Der Entscheid ist noch nicht definitiv.

Das EU-Vorgehen ist für SVP-Nationalrat Thomas Hurter (SH) unhaltbar. **«Die Schweiz würde als einziger Drittstaat unilateral und ohne vertragliche Zustimmung in EU ETS eingebunden»**, ärgert sich der Swiss-Pilot. «Schweizer Fluggesellschaften würden einseitig benachteiligt.» Sie

müssten, die Abgabe zahlen, obwohl sie EU ETS gar nicht angeschlossen sind. Und obwohl die Schweiz der einzige Efta-Staat ist, der weder EU-



SVP-Nationalrat
Thomas Hurter (49).

Foto: Keystone

noch EWR-Mitglied ist. Hurter: «Für die Ausdehnung auf Efta-Staaten gibts keine Rechtsgrundlage.» Aber **allein die Swiss werde das «mehrere Millionen pro Jahr» kosten.**

Zwar hat Bundesrätin Doris Leuthard in einem Brief bei der EU protestiert. Hurter reicht das nicht, per Interpellation setzt er Druck auf: «Die Gefahr besteht, dass der Brief in einer Schublade verschwindet. Leuthard muss sich an alle EU-Umweltminister wenden und klarmachen, dass wir das nicht akzeptieren.» Sonst werde die Schweiz von der EU auch in anderen Fragen schikaniert. **Henry Habegger**

Ein Gesetz auch für Laien

Für modernes Obligationenrecht

Eine Forschergruppe hat in jahrelanger Arbeit einen Entwurf für einen neuen allgemeinen Teil des Obligationenrechts geschaffen. Nun gelangt das Projekt in den politischen Prozess.

fon. Bern · In der Frühjahrssession sind in beiden Räten gleichlautende Postulate «für ein modernes Obligationenrecht» eingereicht worden. Urheber im Nationalrat ist Andrea Caroni (fdp., Appenzell Ausserrhoden), im Ständerat Pirmin Bischof (Solkothurn, cvp.). Die Postulanten haben in ihrer jeweiligen Kammer 104 bzw. 34 Mitunterzeichner gefunden. Sie wollen den Bundesrat ermuntern, den allgemeinen Teil des Obligationenrechts (OR AT) zu revidieren. Das Obligationenrecht ist von überragender Bedeutung für das gesamte schweizerische Rechtssystem. Während der besondere Teil einzelne Vertragsverhältnisse wie Kauf, Miete, Arbeitsvertrag oder Auftrag regelt, geht es im allgemeinen Teil um die Schuldverhältnisse, namentlich um das Vertragsrecht.

Hinter der Idee von Caroni und Bischof, den OR AT zu modernisieren, steht ein wissenschaftliches Projekt. In dessen Rahmen haben mehr als 20 Forscher aller Schweizer Rechtsfakultäten während fünf Jahren einen Entwurf für einen neuen OR AT erarbeitet. Dieser trägt den Namen «Schweizer Obligationenrecht 2020» und soll gemäss den Postulanten die Grundlage für die Reform bilden. Der Entwurf wurde simultan in Deutsch und Französisch erarbeitet und auf Italienisch und Englisch übersetzt. Er soll Mitte April im Schulthess-Verlag veröffentlicht werden.

Treibende Kräfte hinter dem Projekt sind die Privatrechtler Claire Huguenin und Reto Hilty, die beide an der Universität Zürich lehren. Ziel des Entwurfs sei es, die Übersichtlichkeit wiederherzustellen, die in den letzten 100 Jahren – das geltende OR ist 1912 in Kraft getreten – verloren gegangen sei, erläutert Huguenin. Das Gesetz enthalte Widersprüche und seit mitunter lückenhaft, so fehlten etwa Kündigungsregeln für Dauerverträge. Wenn man die relevante Lehre und Rechtsprechung nicht kenne, finde man sich nicht zurecht. Durch die systematische Überarbeitung, die Kodifikation ungeschriebener Grundsätze und eine einfache Sprache sollen auch juristische Laien das OR verstehen und da selbst die Antworten auf ihre rechtlichen Fragen finden. «Wer von seinem Vertragspartner die vereinbarte Leistung nicht erhält, soll aus dem Gesetz ersehen, welche Mittel er ergreifen kann», so Huguenin.

Die Gruppe um Huguenin und Hilty strebt aber nicht nur eine blosser Nachführung des OR AT an. Man wolle auch Neuem Raum bieten. So sieht der Entwurf etwa mit der Liquidation ein einheitliches Regime vor für die Rückabwicklung gescheiterter Verträge. Auch schlägt er ein allgemeines Widerrufsrecht zugunsten der Konsumenten vor. Es komme aber nicht zu einer systematischen Umverteilung von Pflichten und Rechten, versichert Huguenin. Der Privatautonomie und dem dispositiven Recht werde weiterhin viel Raum belassen. – Huguenin hofft, dass der Gesetzesentwurf eine sachliche Diskussion auslösen wird. Es ist anzunehmen, dass das Vorhaben neben positiven Reaktionen auch Skepsis auslösen wird. Widerstände sind etwa von Anwälten zu erwarten, die mit dem jetzigen Recht bestens zurechtkommen und wenig Interesse an einem totalrevidierten OR AT haben dürften. Auch ist offen, wie der Bundesrat zur Revision steht. Ob Justizministerin Simonetta Sommaruga Bereitschaft zeigt, ein dermassen umfassendes, zeitintensives und speziell Fachkreise interessierendes Projekt an die Hand zu nehmen, muss sich weisen.

Ein Verleger lässt SBB rot sehen

INITIATIVE Der Verleger des «K-Tipps» sammelt über seine Blätter Unterschriften für ein Volksbegehren, das den SBB Gewinne verbieten will.

Die Kosten für den Regionalverkehr der Bahnen drohen aus dem Ruder zu laufen. Die SBB warnten letzte Woche, der subventionierte Regionalverkehr wachse zu Lasten des rentablen Fernverkehrs. Sorgen bereitet der SBB-Chef- etage auch die Initiative für den Service public, die von Verleger René Schuhmacher und den Konsumentenzeit- schriften «K-Tipp» und «Saldo» lanciert wurde. Sie verlangt primär, dass bun- desnahe Unternehmen wie die SBB oder die Post in der Grundversorgung keine Gewinne mehr machen dürfen.

«Kontraproduktives Begehren»

Die SBB hielten das Begehren für «nicht zeitgemäss und kontraproduktiv», sagt Sprecher Christoph Rytz. Störend sei, dass die Zeitschriften «K-Tipp» und «Saldo» mit redaktionellen Artikeln primär Werbung für die Initiative machten – und so Unterschriften sammelten. Tatsächlich befeuern die Blätter das Begehren mit einer Reihe von Artikeln mit teils tendenziösen Passagen – etwa unter dem Titel «Die Velofahrer sind die

Dummen». Gemäss einem «gewissen Gerechtigkeitssinn» sollten Velos in Zü- gen wie Kinderwagen gratis transportiert werden, heisst es unter anderem.

Kritik an den SBB nimmt zu

Verleger Schuhmacher weist die Kritik zurück. «K-Tipp» und «Saldo» veröffent- lichten grundsätzlich «Fakten, die der Redaktion von Lesern zugetragen wer- den». Die Reaktionen zur Post oder zu



«Die Zeitschriften betreiben eine anwaltschaftliche Art von Journalismus.»

PETER STUDER, EHEMALIGER PRÄSIDENT DES PRESSERATES

den SBB hätten in den letzten Jahren zugenommen. Die Redaktionen verfolgten jene Themen, die zu den meis- ten Reklamationen führten. Die betrof- fenen Unternehmen würden mit den Vorwürfen konfrontiert und kämen zu

Wort. Nur die SBB verweigerten seit einem halben Jahr das Gespräch. «K-Tipp» und «Saldo» hätten seit der Lancierung der Initiative die Fairness verloren, sagte ein SBB-Sprecher dazu unlängst in der Zeitung «Sonntag».

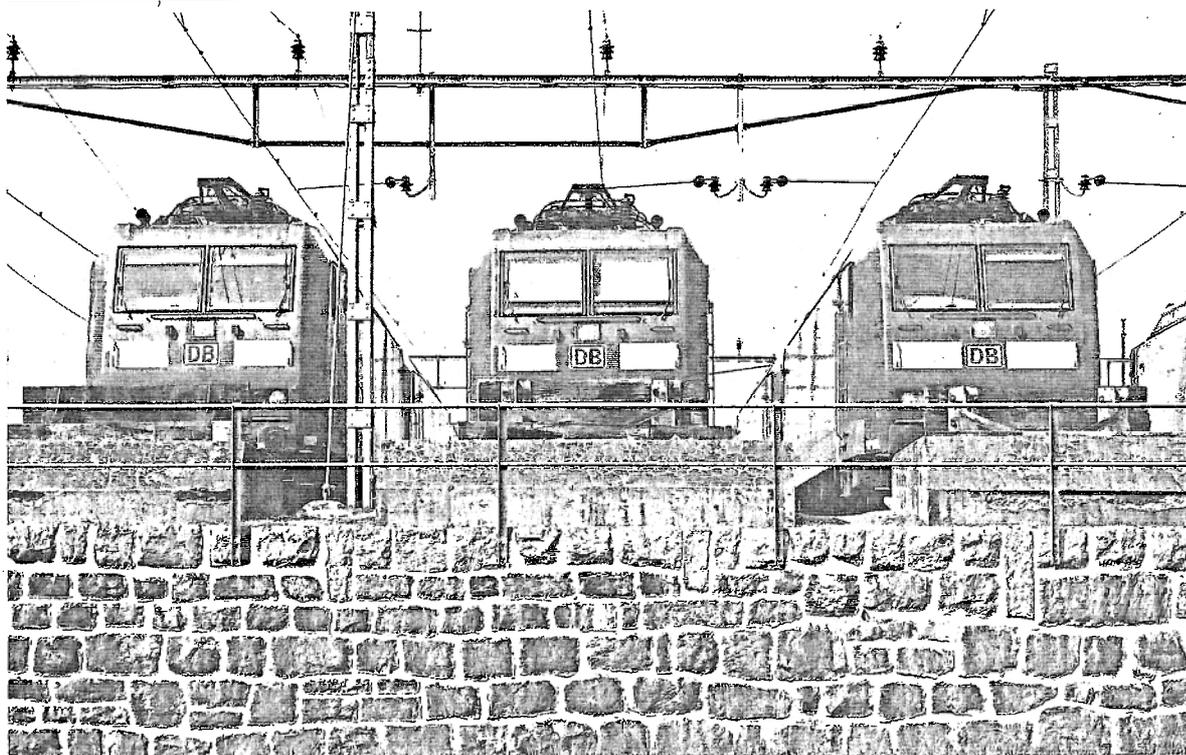
Umstrittene Doppelrolle

Die Doppelrolle von Schuhmachers Blättern ist laut Peter Studer grundsätz- lich zulässig. «Die Zeitschriften betrei- ben eine anwaltschaftliche Art von Jour- nalismus», sagt der langjährige Präsident des Presserats und frühere Chefredaktor des «Tages-Anzeigers». Am wichtigsten sei, «dass die Leser über die Doppel- rolle informiert» seien. Tatsächlich ver- weist der «K-Tipp» neben den Artikeln auf seine Initiative, dies allerdings in Form von Werbung.

Andere Experten hinterfragen die Doppelrolle stärker. Am besten wäre es, wenn gar keine Medien als Vehikel für politische Kampagnen verwendet wür- den, schrieb der Medienredaktor der NZZ 2010. Das zähle nicht zu ihren Aufgaben. Wie nun bei den SBB geriet Schuhmacher schon damals ins Visier von Kritikern. Über seine Blätter sam- melte er Unterschriften für das Referen- dum gegen die Senkung des Umwand- lungssatzes – und trug zu dessen Zu- standekommen bei. «K-Tipp» und «Saldo» befeuert das Referendum mit der Warnung vor dem «Rentenklaue».

TOBIAS GAFAFER
schweiz@luzernerzeitung.ch

Rail



C'est l'acheminement sur l'axe du Gothard des trains de DB Schenker Rail, cette filiale des chemins de fer allemands, que BLS Cargo a perdu. Les CFF ont repris le contrat. KEYSTONE

Double par les CFF, BLS Cargo réduit la voilure

Après la perte d'un client au Gothard, la société supprime près de 80 emplois, des mécaniciens en majorité

Laurent Aubert

BLS Cargo ne veut plus perdre d'argent dans le trafic de marchandises. La filiale de la compagnie Berne-Lötschberg-Simplon a annoncé hier qu'elle allait se concentrer sur les transports rentables et réduire son activité au Gothard. «En tant qu'entreprise privée, nous ne pouvons pas nous permettre de perdre de l'argent», a indiqué le porte-parole, Michael Blum. Dans la foulée, BLS Cargo va supprimer entre 70 et 80 emplois, dont 50 à 60 mécaniciens de locomotive employés à Erstfeld (UR), Bellinzzone (TI) et Bâle. Du personnel administratif sera aussi touché à Chiasso et à Berne.

Les syndicats et les Cantons concernés ont déjà été informés. Dans un communiqué, le Syndicat du personnel des transports (SEV) exige la négociation d'un plan social. Il estime aussi qu'une con-

vention collective de travail obligatoire pour le rail est plus urgente que jamais. Le SEV demande aussi que CFF Cargo reprenne le personnel de BLS à des conditions équivalentes.

Le numéro un en Europe

Car c'est la division marchandises des CFF qui a repris le mandat abandonné par BLS Cargo. Il s'agit - excusez du peu - de l'acheminement sur l'axe du Gothard des

trains de DB Schenker Rail. Or, cette filiale des chemins de fer allemands (DB) n'est autre que le numéro un européen du transport de marchandises sur le rail.

Aux CFF, Patricia Claivaz confirme: «Ce nouveau client devrait nous assurer plusieurs milliers de trains par an.» Mais la porte-parole souligne que, si la retenue est de mise vis-à-vis du concurrent et partenaire BLS Cargo, la prudence ne l'est pas moins sur un

marché aussi volatil. Néanmoins CFF Cargo estime pouvoir gagner de l'argent là où BLS ne voulait plus en perdre. «Ce n'est un secret pour personne, notre filiale marchandises n'a jamais été rentable depuis sa création en 1999, rappelle Patricia Claivaz. Mais le contrat avec DB Schenker nous permettra de mieux utiliser nos capacités en matériel et en personnel. L'opération est donc rentable pour CFF Cargo.»

Pour autant, les CFF ne s'engagent pas à reprendre le personnel de son rival malheureux. «Nous en sommes encore au stade de la planification, indique la porte-parole. Mais dans la mesure de nos besoins, il serait logique que nous nous tournions vers BLS.»

Mais un malheur n'arrive jamais seul: la DB est le deuxième actionnaire de BLS Cargo, avec 45%, derrière la holding BLS AG. «Le fait qu'aucun accord n'ait été trouvé entre BLS Cargo et DB Schenker sur l'assainissement du trafic par le Gothard et la forte réduction des relations commerciales dès 2014 amènent les deux parties à reconsidérer et à réaménager leur collaboration.» Une phrase lourde de menaces pour la deuxième compagnie ferroviaire de Suisse.

En chiffres

Trafic BLS Cargo a acheminé 3313 millions de tonnes-kilomètres net (t/km) en 2012. Soit une baisse de 13% par rapport à l'année précédente. Cette évolution s'explique par la crise économique persistante en Europe, mais aussi par la fermeture de la ligne du Gothard durant quatre semaines à la suite d'un éboulement et par les travaux sur le tunnel du Simplon. Le recul est particulièrement marqué sur l'axe du Gothard, avec 22%, alors qu'il s'élève à 10% sur le Lötschberg. Pour mémoire, CFF Cargo, qui est

actif aussi bien en transit qu'en trafic intérieur, a transporté 12 132 millions de t/km en 2012, soit une baisse de 1,7%. **Résultat financier** BLS Cargo boucle l'exercice sur une perte de 1,85 million de francs. Outre le recul du trafic, ce résultat s'explique par le cours défavorable de l'euro, qui représente l'essentiel des recettes. En 2012, CFF Cargo a perdu 51,2 millions (-11,5%). **Actionnariat** BLS Cargo est propriété de la holding BLS AG (52%), de DB Schweiz AG (45%) et de l'italien IMT Ambrogio (3%).

Editorial

Le rail, son univers impitoyable

Laurent
Aubert

Rubrique Suisse



Il est bien loin le temps où les Chemins de fer faisaient figure dans le grand public d'atelier protégé. Où une place aux CFF était synonyme d'emploi à vie. Depuis le milieu des années 90, les suppressions de postes s'enchaînent, en silence le plus souvent. Hier, c'était au tour de BLS Cargo d'annoncer une restructuration sanglante, après avoir perdu un contrat avec - excusez l'ironie - l'un de ses principaux actionnaires.

Ainsi, les difficultés du deuxième opérateur marchandises du pays sont emblématiques de l'ouverture du marché du rail. Le Syndicat du personnel des transports ne s'y est pas trompé en parlant du «côté abominable de la libéralisation». En 1999 en effet, la Suisse a ouvert son réseau à la concurrence. L'idée était de forcer les exploitants à se montrer plus performants. Les prix devaient baisser, les clients en profiter et le transfert du trafic de la route au rail être accéléré.

Mais la réalité montre que le législateur s'est lourdement trompé. La magie du marché n'a pas opéré. Les compagnies ferroviaires qui, depuis des décennies, ne parvenaient plus à régater avec la route ne sont pas devenues concurrentielles du jour au lendemain. Avec un matériel roulant dont la durée de vie se chiffre en décennies - sans même parler de l'infrastructure -, le rail est mal armé pour s'adapter à un marché volatil, livré aux caprices de la conjoncture.

«Si la libéralisation a eu un effet, c'est de précariser la situation du personnel»

CHRISTIAN BRUN/KEYSTONE

A défaut de tailler des croupières à la route, les opérateurs ferroviaires n'ont pas eu d'autre alternative que de «se bouffer le nez» sur les marchés les plus profitables, comme les trains complets et le transit. Au lieu de se renforcer, ils ont vu leurs marges se réduire et leur assise financière se fragiliser. Depuis sa création, CFF Cargo n'a jamais réalisé de bénéfice. BLS Cargo, qui semblait mieux parti, est déficitaire depuis 2008 et s'attend à être lâché d'un jour à l'autre par son partenaire allemand.

S'il est un domaine où la route et le rail convergent, c'est celui du personnel: grâce à la libéralisation, les cheminots seront bientôt aussi précarisés que les chauffeurs. **Page 5**

Beim Güterverkehr steht die BLS am Berg

Für die BLS ist es ein herber Rückschlag: Sie verliert nach schwierigen Verhandlungen den Gotthard-Grossauftrag ihrer langjährigen Partnerin DB Schenker. Zwar betont die BLS, dass der Verlust dieses Auftrages nur 16 Prozent des Umsatzes von BLS Cargo ausmache. Aber die Tatsache, dass die BLS bis zu 80 Lokführerstellen abbauen muss, zeigt, dass es sich nicht um einen Pappenstiel handelt.

Viel mehr ins Gewicht für die BLS fällt jedoch die Tatsache, dass offenbar die Partnerschaft mit DB Schenker, einem Tochterunternehmen der Deutschen Bahn, vor dem Ende steht. Die BLS hatte sich viel von dieser erhofft. Nicht zuletzt deshalb gestand die BLS der DB-Tochterfirma vor fünf Jahren zu, den Anteil

BZ Kommentar



Stefan Schnyder,
Leiter Ressort Wirtschaft,
zum Verlust des Auftrags
von BLS Cargo auf der
Gotthardstrecke

an BLS Cargo von 20 auf 45 Prozent zu erhöhen. Die BLS erhoffte sich, die Deutsche Bahn auf diese Weise an sich zu binden. Und so SBB Cargo Marktanteile abzugeben. Dieser Plan ist nicht aufgegangen: Mit dem Wechsel zu SBB Cargo auf der Gotthardlinie macht DB Schenker klar, dass BLS Cargo keinen Sonderstatus mehr hat und höhere Preise verlangen kann, als sie auf dem Markt zu erzielen sind. Zwar war es aus der Sicht von BLS Cargo richtig, DB Schenker darauf aufmerksam zu machen, dass die bezahlten Preise nicht mehr kostendeckend sind. Aber der Poker ist nicht aufgegangen.

Aus der Sicht des Steuerzahlers bleibt zu hoffen, dass SBB Cargo kostendeckende Preise verlangt. Alles andere wäre angesichts des Millionendefizits, welches

die SBB-Tochter jährlich einfährt, unverantwortlich.

Für BLS Cargo wird sich längerfristig die Frage stellen, ob sie überlebensfähig ist. Zwei Entwicklungen sprechen gegen sie: Die Eröffnung des Gotthard-Basistunnels wird diese Achse gegenüber dem Übergang am Lötschberg-Simplon – der BLS-Heimstrecke – viel attraktiver machen. Zudem werden ausländische Bahnen den Druck hoch halten, mit eigenen Lokführern, die mit ausländischen Löhnen bezahlt werden, durch die Schweiz fahren zu können. Die SBB und BLS Cargo würden so an Bedeutung verlieren. Der Berg wird für die BLS also noch steiler werden.

Bericht: Seite 12 + 13

Mail: stefan.schnyder@bernerzeitung.ch

Missbrauch kostet die Armee Millionen

ERWERBSERSATZ Während Jahren haben Armeeangehörige Gelder abgezweigt. Das VBS muss daher 8 Millionen abliefern. Nun werden schärfere Verordnungen erlassen.

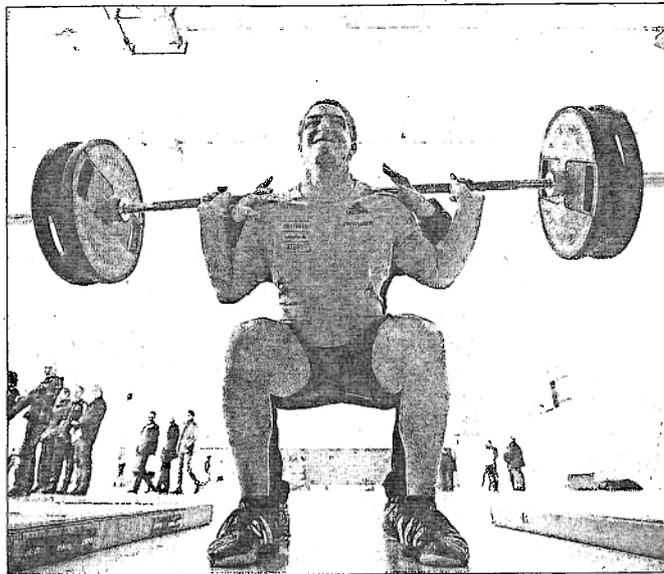
LÉA WERTHEIMER
lea.wertheimer@luzernerzeitung.ch

Der Missbrauch von Erwerbseratzgeldern kommt das Verteidigungsdepartement (VBS) teuer zu stehen. Bereits im vergangenen Jahr zahlte Bundesrat Maurets Departement 4 Millionen Franken an jenes von Alain Berset (Innendepartement). Nun schiebt das VBS noch einmal 4 Millionen nach.

Rückblick: Im Herbst 2010 wurde im Verteidigungsdepartement ein Missbrauch der Erwerbseratzordnung (EO) aufgedeckt. Letztere ist dazu da, Milizsoldaten oder deren Arbeitgeber für geleistete Diensttage zu entschädigen. Finanziert wird sie wie die AHV über Lohnabzüge. Doch etliche Armeeangehörige liessen sich missbräuchlich Gelder auszahlen - der Schaden ging in Millionenhöhe und entstand im Bundesamt für Sozialversicherungen. Ob die vom VBS entrichteten 8 Millionen tatsächlich der Schadenssumme entsprechen, ist unklar: Es bestehe eine Dunkelziffer, deren Grösse nicht abgeschätzt werden könne, heisst es in einem Bericht, den die beiden Departemente am vergangenen Donnerstag veröffentlichten. Die Summe macht aber klar: Der Missbrauch fand über Jahre in grossem Stil statt.

VBS überbrückte Engpässe

Aufgeflogen ist die Sache im Herbst 2010, weil ein Armeeangehöriger dreist versuchte, sich einen Dienst mehrfach



Skifahrer Justin Murisier stemmt Gewichte nach der Brevetierung der Absolventen einer Spitzensport-Rekrutenschule.

Keystone/Peter Klauzner

bezahlen zu lassen. Er meldete den Dienst gleich bei vier Stellen und blieb in einer Routinekontrolle hängen. In der Folge kamen verschiedene Vergehen ans Licht. Die Delikte reichen von Betrug über Urkundenfälschung bis zu Amtsmissbrauch.

Misstände gab es insbesondere innerhalb des VBS - in allen Bereichen. EO-Leistungen wurden über Jahre allzu grosszügig ausgerichtet, vor allem, um im VBS Personalkosten zu sparen und um personelle Engpässe zu überbrücken. Von 2007 bis 2011 hat das VBS auf diese Weise an die 25 000 Diensttage missbräuchlich abgerechnet. Das zeigt eine Administrativuntersuchung,

die Bundesrat Ueli Maurer angeordnet hatte. Betroffen ist vor allem der Bereich «freiwillige Dienstleistungen» - also jene Tage und Arbeiten, welche über das Pflichtpensum eines Militärangehörigen hinausgehen. Zwar ist es erlaubt, dass Soldaten und Offiziere freiwillig Dienst leisten. Die einschlägige Verordnung beschränkt diese Dienste aber auf maximal 38 Tage im Jahr. Soweit die Theorie.

In den letzten Jahren herrschten im VBS verschiedentlich Einstellungsstopps, was zuweilen zu Engpässen insbesondere bei hoch qualifizierten Mitarbeitern führte. In der Not griffen die Personalverantwortlichen zu einem

unkonventionellen, aber ebenso unzulässigen Kniff. Sie boten einen «Freiwilligen» auf, der dann nicht aus dem Personaletat des VBS, sondern über die EO-Kasse bezahlt wurde, also vom EDI. «Die Praxis ist schliesslich ausgeüfert, und die betroffenen Stellen haben teilweise jedes vernünftige Mass verloren», heisst es im Bericht. Die Untersuchungen haben nämlich gezeigt, dass es Personen gab, die mehrere Jahre auf diese Art beschäftigt wurden.

Regelung grosszügig ausgelegt

Klar wurde während der Untersuchung auch, dass die Formulierung der Verordnung viel Interpretationsspielraum lässt. Durch die grosszügige Interpretation allgemein gehaltener Formulierungen in den gesetzlichen Bestimmungen hat sich eine Praxis entwickelt, die der EO Schaden zugefügt habe, so die Bilanz des Berichtes.

Offensichtlich grosszügig ausgelegt wurde die Definition eines Diensttages,

«Es stellt sich die Frage, ob die Zahlung von Entschädigungen an Sportler noch sachgerecht ist.»

FESTSTELLUNG IN EINEM
BERICHT VON EDI UND VBS

wenn es um die Sportförderung geht. Dies zumindest findet das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), das den Erwerbseratz auszahlt. Die Armee unterstützt Spitzensportler unter anderem damit, dass diese ihre Tage im Militär auch für ihr spezifisches Training oder gar Wettkämpfe nutzen können. Bezahlt werden sie zum Grossteil von der EO, also von Arbeitgebern und

Arbeitnehmern. Die Sportler tragen die Farben unseres Landes, wenn sie sich mit anderen Athleten messen.

Korrekturen eingeleitet

Doch wie weit soll diese Unterstützung gehen? In einem zweiten Bericht, welchen das EDI und das VBS gemeinsam verfassten, heisst es: «Das BSV ist der Auffassung, dass die bisherigen rechtlichen Grundlagen für die Sportförderung durch die Armee ungenügend sind.» Und: «Es stellt sich die Frage, ob die Zahlung von EO-Entschädigungen an Sportler und Trainer für die Durchführung von Vorbereitungskursen und Sportanlässen noch sachgerecht ist.» Offenbar sind verschiedenen Sportlern unzulässig EO-Leistungen ausbezahlt worden, denn das VBS zahlt dafür pauschal 1,1 Millionen Franken an das BSV zurück.

Solche Missbräuche will das VBS in Zukunft verhindern. Der Bundesrat hat die Militärdienstverordnung bereits entsprechend verschärft. «Bestehende Mängel bei den rechtlichen Grundlagen wurden und werden mit verschiedenen Revisionen behoben», erklärt VBS-Sprecherin Karin Suini. Neu wurde auch die Hürde für freiwillige Dienstleistungen erhöht. «Die Voraussetzungen für solche Militärdienste sind nun genauer geregelt und damit eingeschränkt», erklärt Suini weiter.

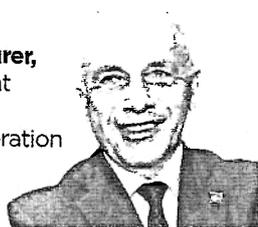
GA dank Marschbefehl

Im Rahmen der Untersuchungen kamen weitere Missbräuche ans Licht. Beispielsweise Marschbefehle, die ein ganzes Jahr dauerten. Vorteil: Der Marschbefehl dient zugleich quasi als Generalabonnement in Zügen und Bussen. Mit einem solchen Marschbefehl führen Armeeangehörige während Monaten «gratis» Zug. Dies seien aber Ausnahmefälle gewesen, heisst es im Bericht. Um diese kümmert sich nun die Bundesanwaltschaft.

Il a dit

«Il ne faut jamais oublier que, dans notre pays, le Conseil fédéral est l'employé du souverain, et le souverain, c'est le peuple»

Ueli Maurer,
président
de la
Confédération



Kommentar

von Stefan Schmid



Schweizer, ab in die Wüste

■ *Viele Schweizer stehen militärischen Auslandseinsätzen skeptisch gegenüber. Das Credo der alten Eidgenossen, die anno 1515 nach der verheerenden Niederlage gegen die Franzosen im norditalienischen Marignano darauf verzichteten, sich weiter «in fremde Händel zu mischen», ist für viele Bürger bis heute ein Leitmotiv geblieben. Rechtsbürgerlichen Politikern fällt es in diesem Umfeld relativ leicht, isolationalistische Reflexe zu kitzeln und ein Neutralitätsverständnis aus alten Zeiten zu predigen.*

«Marignano» beeinflusst zumindest indirekt aktuelle Diskussionen. So hat das Parlament 2009 den Einsatz von Soldaten gegen Piraten vor der Küste Somalias klar abgelehnt. Und auch sonst hält sich das militärische Auslandengagement der Eidgenossenschaft in engen Grenzen.

Diese Zurückhaltung ist grundsätzlich richtig, sollte aber nicht auf die Spitze getrieben werden. In Mali sind Schweizer Militärexperten als Friedensförderer und nicht als Infanteristen gefragt. Als Kleinstaat ohne koloniale Vergangenheit und ohne machtpolitische Ambitionen in der Region ist die Schweiz ein besonders glaubwürdiger Partner. Als europäisches Land, das stark von Flüchtlingswellen aus Afrika betroffen ist, haben wir zudem ein ureigenes Interesse an stabilen Verhältnissen auf dem Schwarzen Kontinent.

Bundesrat Burkhalter Mission verdient Unterstützung. Unbewaffnete und wohl zivil gekleidete Schweizer Experten nützen dem gebeutelten Land. Und sie entlasten die EU und deren Friedensmission. Mit der Neutralität hat das nichts zu tun. Es handelt sich um einen internen und nicht um einen zwischenstaatlichen Konflikt.

Politblog

Politik der Schweiz
Politique suisse

Patrick Chuard am Mittwoch 3. April 2013

Wieso will die SVP eine Volkswahl des Bundesrats?

In gewisser Weise hat die Initiative «Volkswahl des Bundesrats» ihr Ziel bereits erreicht. Die **narzisstische Verletzung**, die die SVP durch Christoph Blochers Abwahl 2007 erlitt, musste versorgt werden und in der perfiden Parlamentarierclique, die es gewagt hatte, der grössten Partei der Schweiz eins auszuwischen, sollte wieder für Ordnung gesorgt werden. Das Volk soll nun über einen Grosseinsatz der direkten Demokratie das Trauma beheben – am 9. Juni wird es so weit sein.

Heute, fünf Jahre später, bleibt zu hoffen, dass es die Stimmbürger dabei belassen und den Vorschlag nicht in der Verfassung verankern werden. Die SVP würde zu den ersten Verlierern einer Volkswahl des Bundesrats gehören. Mit der Sicherheit, die 30-Prozent-Marke zu knacken, hatte sie bei der Lancierung der Initiative 2009 auf das Majorwahlprinzip gesetzt – ein Wahlprozedere, das eher **kompromissbereiten Politikern** zugutekommt. Seitdem tritt die SVP aber an der Stelle und versäumt es regelmässig, die eigenen Kandidaten auch in der Exekutive durchzusetzen – mit der jüngsten Ausnahme von Oskar Freysinger im Kanton Wallis. Zuvor musste sich die Partei an zahlreichen Kantonen die Zähne ausbeissen, und auch die 2011 lancierte Offensive auf den Ständerat endete in einem Debakel. Der politische Nachwuchs stellt die SVP zudem vor Probleme, und der einzige SVP-Bundesrat Ueli Maurer würde im Falle einer Volkswahl weit zurückliegen. Wenn die SVP also keine suizidalen Absichten hat, täte sie gut daran, sich in der aktuellen Abstimmungskampagne zu mässigen und auf eine ehrenvolle Niederlage zu hoffen.

Die SVP würde zu den ersten Verlierern einer Volkswahl des Bundesrats gehören.



Gerade die SVP hätte heute von einer Volkswahl des Bundesrats nichts: Christoph Blocher am Tag nach seiner Abwahl aus dem Bundesrat, 13. Dezember 2013. (Foto: Keystone/Lukas Lehmann).

Im linken Lager trauen sich einige Politiker, die Initiative zu unterstützen, und pochen auf die Forderungen der vorkriegszeitlichen Arbeiterparteien. Nach einem halben Jahrhundert Regierungsbeteiligung wirkt die Unterstützung der Sozialdemokraten etwas anachronistisch, wie eine linkspopulistische Antwort auf rechtspopulistische Stimmen, die darauf abzielt, das System zu bereinigen und die Eliten abzustrafen. Doch solch **amerikanisch anmutenden Wahlen** würden weder das Problem der Parteienfinanzierung lösen noch dem mangelnden Durchsetzungsvermögen des Bundesrats oder den fragwürdigen Fähigkeiten einzelner Kandidaten Abhilfe schaffen.

Die Volkswahl der Regierung gehört zu den klassischen Grundsätzen der nationalistischen Rechten. 1971 lancierte James Schwarzenbach eine parlamentarische Initiative, die verlangte, dass das Volk nach jeder Legislaturperiode die von der Bundesversammlung gewählten Bundesräte mittels einer Abstimmung «bestätigt». Die Argumente, die die Staatspolitische Kommission (SPK) des Nationalrats damals gegen diesen Vorschlag erhob, treffen auch vierzig Jahre später auf die Initiative der SVP zu: Die Beliebtheit eines Politikers und seine Popularität am Fernsehen würden mehr Gewicht erhalten als seine tatsächliche Arbeitsleistung, ganz zu schweigen von den Kosten, die die Wahlkampagnen verursachen würden, befürchtete die SPK. **Auch hätten die Bundesräte der kleinen Kantone einen schweren Stand**, und die Rolle der Bundesversammlung als wählendes Gremium und Aufsichtsorgan würde geschwächt. Zudem war die Kommission der Meinung, dass eine Volkswahl den Bundesrat vor unlösbare Probleme stellen würde, da sie das Kollegialitätsprinzip und die Funktionsfähigkeit einer aus mehreren Parteien bestehenden Regierung erschweren oder gar verunmöglichen würde.

Die Initiative der SVP trägt in keiner Weise zur Behebung der Schwächen des aktuellen Systems bei. Die Bundesratswahl durch das Parlament mag ihre Tücken haben – sie garantiert aber auch eine gewisse Sicherheit, **indem sie der Exekutive nicht zu viel Macht zuspricht**. Und was die überraschende Abwahl von Christoph Blocher 2007 angeht: Es handelte sich dabei nicht um

einen Komplott (obschon es danach aussah), sondern um eine gesetzeskonforme Wahl. Die geheimen Manöver und die Verflechtung von Umständen – und seien diese noch so schockierend – gehören im Parlament zur Tagesordnung. Dabei ist die SVP-Fraktion nicht die Letzte, die sich daran beteiligt.

VOTATIONS En Suisse, c'est le Parlement qui élit le Conseil fédéral. Le 9 juin, nous nous prononcerons sur une initiative qui donnerait la parole au peuple.

Qui doit élire le gouvernement?

SONIA FENAZZI, SWISSINFO.CH

La réforme soumise au scrutin fédéral du 9 juin est une sorte de révolution pour la Suisse. Elle modifierait un mode d'élection qui est resté inchangé depuis la naissance de l'Etat fédéral, en 1848. Dans le passé, deux précédentes initiatives demandant l'élection du gouvernement par le peuple ont été refusées. Le dernier échec remonte à 1942. A l'époque, la proposition émanait du Parti socialiste. Ce parti était exclu du gouvernement, bien qu'ayant le plus grand nombre de sièges à la Chambre du peuple.

Aujourd'hui, c'est l'Union démocratique du centre (UDC) qui revient à la charge. Les raisons qui l'ont poussée à lancer l'initiative «Election du Conseil fédéral par le peuple», en 2010, sont similaires à celles qui avaient animé le Parti socialiste 70 ans plus tôt. La décision a été prise suite à l'éviction de Christoph Blocher – la figure charismatique du parti – du gouvernement, en 2007.

Le «complot» contre Christoph Blocher

«Aujourd'hui, dans les coulisses de l'élection du Conseil fédéral, les partis se livrent de plus en plus à de sales jeux et à des intrigues qui sont indignes de la démocratie suisse», déclare le député UDC Hans Fehr. Le fait que les partis ne soient pas représentés au gouvernement proportionnellement à leur force au Parlement est contraire à la volonté populaire, ajoute-t-il.

Bien que comptant le plus grand nombre de sièges au Parlement, l'UDC ne détient qu'un fauteuil de ministre et ne se sent pas équitablement représentée au gouvernement. Il convient cependant de rappeler que le parti a lui-même exclu de ses rangs l'actuelle ministre Eveline Widmer-Schlumpf, coupable à ses yeux, en acceptant son élection, d'avoir participé au «complot» contre Christoph Blocher.

C'est pour cette raison que l'UDC veut faire élire les conseillers fédéraux par le peuple. «Cela permettra de renforcer la légitimité du gouvernement et de compléter le système de démocratie directe», argumente Hans Fehr. Qui rappelle au passage que l'exécutif est élu par le peuple dans tous les cantons, ainsi que dans pratiquement toutes les communes.

Pour une bonne partie des opposants, en revanche, l'élection des membres du gouvernement fédéral ne peut pas être comparée à celle des gouvernements cantonaux. «Il s'agit de réalités plus petites, où les électeurs connaissent les candidats. Au niveau national, il est beaucoup plus difficile pour les électeurs de connaître les candidats des autres cantons, et surtout ceux des autres régions linguistiques», déclare le sénateur libéral-radical (PLR) Raphaël Comte.

«Les meilleurs candidats»

Ce dernier voit dans le projet le danger d'une «américanisation de l'élection du Conseil fédéral. L'argent deviendrait un élément important, parce que devoir faire



« La Suisse est un petit pays; il n'y a aucun risque d'américanisation. »

HANS FEHR CONSEILLER NATIONAL UDC/ZH

Minorité latine

L'initiative prévoit que la Suisse forme une seule circonscription électorale. Les sept conseillers fédéraux seraient élus selon un système majoritaire à deux tours. Mais le texte précise qu'au moins deux conseillers fédéraux devraient être domiciliés dans les régions francophones ou italo-phones.

«Il s'agit d'une garantie minimum pour la minorité latine», précise Hans Fehr. «Mais naturellement, il serait possible que plus de deux candidats francophones et italo-phones soient élus.» «Il me semble problématique de mettre les francophones et les italo-phones ensemble. Les italo-phones étant numériquement nettement minoritaires par rapport aux francophones, ils n'auraient pratiquement plus aucune chance d'être élus», objecte Raphaël Comte.

«Une personnalité tessinoise recueillerait des voix également à l'extérieur de son canton», estime Hans Fehr. «Les Suisses allemands ont un grand respect pour le Tessin et l'italianité, contrairement aux partis qui ne pensent qu'à faire leurs jeux au Parlement.»



Prestation de serment pour la nouvelle élue au Conseil fédéral Eveline Widmer-Schlumpf le 13 décembre 2007. Aujourd'hui, l'élection des ministres est dans les mains du Parlement. Mais demain? KEYSTONE

des campagnes plus importantes pour se donner une visibilité dans chaque région du pays signifie devoir dépenser beaucoup plus. Par conséquent, ceux qui auraient davantage d'argent auraient plus de chances d'être élus.»

«La Suisse est un petit pays; il n'y a aucun risque d'américanisation», rétorque Hans Fehr. «Il suffit que les candidats participent à des meetings dans toute la Suisse pour se faire connaître et démontrer leurs

compétences. Ainsi, chaque parti pourrait avoir intérêt à présenter les meilleurs candidats s'il veut que le peuple élise ses représentants.»

Un risque encore plus grave, pour Raphaël Comte, serait que les conseillers fédéraux, obligés de faire campagne pour être réélus, négligent leur travail. «Par ailleurs, la collégialité en souffrirait aussi, car si les conseillers fédéraux devaient faire campagne, ils tendraient à se profiler en défendant

leurs propres idées et parfois en se distanciant de leurs collègues», ajoute-t-il.

Là aussi, cet argument est rejeté par Hans Fehr. Il estime que pour être réélus, les conseillers fédéraux seraient obligés de «travailler sérieusement» et d'«agir dans le respect des décisions du peuple». ☉

Traduction de l'italien pour swissinfo.ch:
Olivier Pauchard

L'INITIATIVE

Soutenue par un comité de personnalités de premier plan de l'UDC, l'initiative est combattue par le gouvernement et par la majorité du Parlement.

La Chambre des cantons l'a refusée par 34 voix contre cinq et trois abstentions; la Chambre du peuple l'a refusée par 137 voix contre 49.

L'initiative stipule que le gouvernement serait élu lors d'une élection populaire. Le système serait majoritaire à deux tours. L'élection du Conseil fédéral aurait lieu en même temps que celle de la Chambre du peuple, tous les quatre ans.

L'ensemble du pays formerait une seule circonscription électorale. Les régions latines (francophone et italophone) auraient droit au minimum à deux des sept sièges gouvernementaux.

Les candidats qui obtiendraient la majorité absolue seraient élus déjà lors du premier tour. Lors du second tour, en revanche, la majorité simple suffirait.

Par ailleurs, l'élection du président de la Confédération et du vice-président relèverait de la compétence du gouvernement et non plus du Parlement. ☉

«S'ils devaient faire campagne, les conseillers fédéraux auraient tendance à se profiler.»



RAPHAËL COMTE
CONSEILLER
AUX ÉTATS PLR/NE

Au gouvernement de choisir sa présidence

L'initiative stipule que le président de la Confédération et le vice-président seraient élus par le gouvernement. «Il y a une certaine contradiction», remarque Raphaël Comte. «Les promoteurs de l'initiative soutiennent que les membres du gouvernement doivent être élus par l'ensemble du peuple et pas par seulement 246 parlementaires pour être légitimes.

Mais le président et le vice-président devraient être désignés par sept personnes et non plus par 246.»

«Avec cette initiative, nous voulons une situation claire: les gouvernés doivent élire les gouvernants et le Parlement ne doit plus rien avoir à faire avec l'élection du gouvernement, et donc même pas avec celle du président et du

vice-président», argumente Hans Fehr. «La séparation des pouvoirs est importante, mais séparation ne signifie pas absence de dialogue», affirme pour sa part Raphaël Comte. «Il existe le danger de voir un gouvernement avec une légitimité populaire qui s'organise tout seul, coupé du Parlement, qui à la fin risque d'être aussi coupé de la population.» ☉

Warum ein Grüner eine SVP-Initiative unterstützt

Das Volk hätte Blocher und Maurer nicht gewählt

Von Bastien Girod

Wohl zum ersten Mal finde ich, dass eine SVP-Initiative ein guter, vernünftiger Vorschlag ist. Die SVP-Initiative für die Volkswahl des Bundesrats würde zur Verbesserung der Bundesratswahl beitragen und deshalb habe ich der Initiative im Nationalrat zugestimmt. Meine Beurteilung beruht im Wesentlichen auf guten Erfahrungen der Wahl der Regierung durch das Volk auf kantonaler Ebene. Auf Bundesebene haben wir heute bei der Wahl des Bundesrats einen verzögerten, recht starren Parteienproporz. Die Wahl ist zudem weniger eine Wahl des Parlaments als vielmehr ein Diktat der Parteien. Das gipfelte in der Wahl von Ueli Maurer, welche nur dank erfolgreicher Einschüchterung von FDP- und CVP-Parlamentariern gelang. So etwas würde sich mit der Volkswahl nicht wiederholen – auch wenn die Initiative zur Volkswahl von der SVP kommt. Denn im Volk hätte Kandidat Maurer aufgrund des Majorzprinzips keinen Erfolg, wie die Zürcher Ständeratswahlen einige Monate vor seiner Wahl in den Bundesrat zeigten.

Dass bei der Volkswahl kein Rechtsrutsch zu befürchten ist, zeigt ein Blick in die Kantone.

Übrigens ist auch alt Bundesrat Blocher bei den Ständeratswahlen mehrmals gescheitert und zahlreiche Umfragen belegen, dass es ihm zwar gelungen ist, seine Stammwähler stark zu mobilisieren, aber dass ihm eine grosse Mehrheit ein solches Amt nicht anvertrauen würde.

Dass bei der Volkswahl kein Rechtsrutsch in der Regierung zu befürchten ist, zeigt ein Blick in die Kantonsregierungen. In die Kantonsregierungen werden nicht Laute und Populisten gewählt. So hat die SVP in den kantonalen Regierungen gemäss Bundesamt für Statistik nur 13 Prozent der Sitze geholt. Eine genauere Betrachtung der Regierungskandidaten lässt zudem erkennen, dass die meisten sehr moderat sind. Nur «halbe SVP-Regierungsräte», wie einige sagen würden. Darf man von Kantonen auf den Bund schliessen? Sind Regierungsräte beispielsweise in grossen Kantonen populistischer oder haben es dort SVP-Kandidaten einfacher? Im Gegenteil: In grossen Kantonen sind beispielsweise die Grünen noch besser vertreten als in kleinen. Gewichtet man die Regierungssitze mit der Bevölkerungsgrösse, kommen die Grünen auf etwa elf Prozent. Auch bei der Volkswahl des Bundesrats würde die Bevölkerungsgrösse berücksichtigt. Damit hätten die Grünen mit der Volkswahl eine Chance, während die SVP ihre Sitze nicht auf sicher hätte. Entmachtetes Parlament, Bundesräte im Dauerwahlkampf und eine

Berlusconisierung und Amerikanisierung der Schweizer Politik, so die Befürchtungen der Gegner der Volkswahl des Bundesrats. Doch diese Gegenargumente halten einer genaueren Prüfung nicht stand.

Parlamentsbetrieb nicht hemmen
Machtverlust des Parlaments? Es wird immer noch zwei Kammern haben, welche die Möglichkeit haben, Vorlagen des Bundesrats zu versenken oder über eine Parlamentarische Initiative anstelle des Bundesrats neue Gesetze zu entwerfen. Deshalb hat auch ein vom Volk gewählter Bundesrat noch ein Interesse an einer guten Zusammenarbeit mit der Legislative. Die Bundesratswahlen sind zwar immer ein spannendes Spektakel, doch lähmen sie den parlamentarischen Betrieb erheblich. Die zeitlich knappen Milizparlamentarier würden also auch entlastet und könnten mehr Energie in die Gesetzgebung investieren. Bundesräte im Dauerwahlkampf? Auch hier zeigt ein Blick in die Kantone, dass Regierungsräte genau wissen, dass zu viel Wahlkampf schlecht ankommt und der beste Wahlkampf eine verlässliche, kollegiale Arbeit ist. Zunehmender Einfluss des Geldes? Natürlich wäre es besser, die Bundesratswahlen würden mit transparenten Budgets geführt. Doch heute wird der Bundesrat quasi nach dem Parteienproporz zusammengestellt, und die Parlamentswahlen, bei welchen Parteien (Listen) gewählt werden, sind noch viel anfälliger auf ungleiche finanzielle Mittel. Bei Regierungswahlen geht es um Persönlichkeiten. Die Erfahrungen in Zürich zeigen, dass es auch in grossen Kantonen nicht gelingt, mit viel Geld einen Kandidaten in die Regierung zu drücken. So ist die SVP mehrmals am Versuch gescheitert, einen Hardliner in einer Majorzwahl in die Regierung zu bringen.

Parteien einen Riegel schieben
Das einzige Argument, das ich gelten lassen kann, ist jenes der Tradition. Die Wahl des Bundesrats durch das Parlament stammt aus einer Zeit, in welcher sich viele Kantone nur per Kutsche und Briefpost über die Kandidaten aus andern Kantonen informieren konnten, und ist mittlerweile ein landesweit medial intensiv begleitetes Politspektakel. Damit ist diese Form der Wahl auch Teil der Schweizer Geschichte. Meine Ausführungen zeigen aber, dass es sinnvoll wäre, in der Geschichte der Wahl des Bundesrats ein neues Kapitel zu schreiben und mit einer Volkswahl dem Spiel der Parteien einen Riegel zu schieben. Die Ausführungen zeigen auch, dass die Angst vor der Dominanz einer reichen und lauten Partei unbegründet ist: Das Volk hat bei den Wahlen in den Kantonen auch bei massiver Propaganda ein feines Gespür dafür bewiesen, welche Regierungsverantwortlichen seine Interessen letztlich wahrzunehmen wissen. Bastien Girod ist Nationalrat der Grünen.

Private drängen in die Poststellen



Susanne Ruoff: Die neue Postchefin hat eine liberale Gesinnung. Urs Baumann

INFRASTRUKTUR Private Postanbieter wittern wegen der liberalen Gesinnung der neuen Postchefin Susanne Ruoff Morgenluft: Die Privaten wollen künftig Poststellen mitnutzen. Damit könnte sogar das Poststellennetz gesichert werden.

Eine Freundschaft sieht anders aus: Die neue Postchefin Susanne Ruoff ist seit sechs Monaten im Amt – ein Treffen mit KEP & Mail, dem Verband der privaten Postdienstleister, hat bislang aber nicht stattgefunden. Ein solches wurde KEP- & Mail-Präsident Peter Sutterlüti erst für die zweite Jahreshälfte in Aussicht gestellt. Sein Verband vertritt Unternehmen wie DHL Schweiz oder DPD Schweiz, die hierzulande tätigen Töchter der deutschen und der französischen Post.

Obwohl sich die Post und die Privaten auf dem Markt bekämpfen, sucht Sutterlüti die Nähe zur Post. Beim Treffen mit Ruoff will er ein Thema aufs Tapet bringen, das für rote Köpfe sorgen dürfte: Die privaten Anbieter wollen gegen eine Gebühr das Recht erhalten, die Infrastruktur der Post auch über den gesetzlichen Rahmen hinaus nutzen zu können –

insbesondere die Poststellen, aber auch Sortierzentren. Für die Kunden könnte das bedeuten, dass sie ihre Pakete künftig auf einer Poststelle auch mit DPD oder DHL aufgeben und abholen könnten. Doch bislang wurde Sutterlütis Idee kaum gehört. «Bei der Post zeigt man kein Verständnis», beklagt er sich.

«Marktnahe Vorstellungen»

Jetzt aber wittert Sutterlüti Morgenluft – wegen der neuen Chef. Ruoff kommt anders als Vorgänger Jürg Bucher aus der Privatwirtschaft. Die Ökonomin gilt als liberal. Sie könnte sich sogar vorstellen, mit der Post Mitglied beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse zu werden. Gespräche dazu laufen. Ebenjener Verband weiss die Avancen zu schätzen und zeigt sich im Gegenzug «erfreut über die markt-nahen Vorstellungen» von Ruoff.

Natürlich will KEP & Mail mit dem Zugang zu den Poststellen dem gelben Riesen Marktanteile abknöpfen. Sutterlüti findet, private Dienstleister hätten schlicht das Recht, Poststellen zu nutzen. Schliesslich sei die Infrastruktur zum grossen Teil mit sogenannten Monopolrenten aus dem Auslandsgeschäft der damaligen PTT finanziert worden. «Die Infrastruktur ist ein volkswirtschaftliches Gut, zu dem alle Dienstleister Zugang haben dürfen.»

Defizit bei den Poststellen

Der KEP- & Mail-Präsident sähe sogar Vorteile für die Post. Seit Jahren schreibt das Unternehmen nämlich ein Defizit im Segment der Poststellen. 2012 betrug das Minus satte 120 Millionen Franken. An der Bilanzmedienkonferenz Ende März bekräftigte Postpräsident Peter Hasler einmal mehr: Das Poststellen-Netz sei zu gross, man könne kaum eine Poststelle rentabel betreiben. Es werde darum in den kommenden Jahren noch zu einigen Schliessungen kommen.

Würden nun Anbieter wie DHL und DPD die Poststellen mitnutzen und dafür ein Entgelt zahlen, könnte die Post ihr Defizit verkleinern. Und allenfalls müsste die Post sogar weniger Schliessungen vornehmen, wovon letztlich wiederum die Kunden profitieren. Darüber hinaus könnte die gemeinsame Nutzung etwa eines Sortierzentrums der Post helfen, dieses dank besserer Auslastung rentabler zu betreiben.

Post: «Kein Thema»

Noch kommt die Idee der privaten Postdienstleister beim gelben Riesen jedoch schlecht an. Eine gemeinsame Nutzung von Poststellen sei «kein Thema», sagt Patrick Salamin, Leiter Poststellen und Verkauf. Unter anderem weil nicht klar wäre, wer die Kundenhoheit habe. So ist es laut Salamin kaum denkbar, dass beispielsweise ein Postangestellter einem Kunden eine Dienstleistung des Konkurrenten DHL verkaufe.

Postpräsident Hasler sagt, im neuen Postgesetz und der Post-

verordnung sei ein gemeinsamer Zugang auch nicht vorgesehen. Denn ein Markteintritt der Konkurrenten in allen Wertschöpfungsstufen sei jederzeit möglich. Die Poststellen würden den Marktzutritt nicht beschränken. Künftig werde die Post aber generell «mehr Kooperationen mit privaten Anbietern eingehen». So regle das neue Postgesetz etwa den Zugang zu den Postfachanlagen und zu Adressdaten.

Schützenhilfe für die Idee

Sollte die Post unter Chef. Ruoff tatsächlich Mitglied bei Economiesuisse werden – den Wirtschaftsverband hätte sie für die Idee von KEP & Mail bereits auf ihrer Seite. «Ein geteilter Zugang zu den Poststellen ist ernsthaft zu diskutieren», sagt Kurt Lanz, be- Economiesuisse Leiter des Bereichs Infrastruktur, Energie und Umwelt. Es sei durchaus denkbar, dass die Post so ihre Kosten mit den privaten Anbietern teilen und die Infrastruktur effizienter auslasten könne.

Dominik Balme

L'invité

Et si nous osions une révolution fiscale?

Jean-Daniel Balet*

De culture tolérante, la Suisse a longtemps adopté une pratique d'accueil, fondée sur le principe que l'on ne peut empêcher des citoyens persécutés par les autorités de leur pays de chercher refuge sous d'autres cieux, y compris ceux qui le sont par la fiscalité confiscatoire de leur pays de résidence. Et, surtout, tous ceux qui voyaient leur patrimoine rongé par les dévaluations successives de leur monnaie nationale. Pour mémoire, entre 1958, lors de l'introduction du «nouveau» franc par le général de Gaulle, et l'entrée de la France dans l'euro, le franc français a perdu quelque 80% par rapport au franc suisse...

Aujourd'hui, la pénurie de liquidités dans les caisses publiques d'Etats forts dispendieux, donc fiscalement gourmands, appétit encore accentué par l'obligation de renflouer leurs banques, suite à la crise financière de 2008, a permis de stigmatiser l'évasion fiscale, que d'aucuns ont ensuite qualifiée de «criminelle», au même titre que le trafic de drogue et le financement du terrorisme.

Continuellement réactif depuis 2009, le Conseil fédéral entend aujourd'hui imposer aux intermédiaires financiers de nouvelles obligations de diligence pour empêcher le dépôt en Suisse d'avoirs «non fiscalisés». Fini, la tolérance!

Les entraves à la liberté individuelle, à la protection de la sphère privée, les atteintes répétées à la sécurité du droit et l'augmentation des coûts liés à la mise en œuvre de nouvelles réglementations affaibliront encore davantage la compétitivité de notre place financière qui, par ses emplois, les salaires qu'elle verse et les impôts qu'elle paie, est l'un des piliers de notre bien-être. Réalité qu'il



* Swiss Respect

vaudrait mieux ne pas oublier. Première de classe dans la lutte contre le blanchiment d'argent, acceptant de s'imposer des contraintes qu'aucun de nos concurrents n'applique, la Suisse ne devrait-elle pas plutôt être pionnière dans la mise en place d'une stratégie fiscale innovatrice?

Tout le monde reconnaît qu'empoisonner notre jeunesse avec des substances entraînant la dépendance ou faire exploser des bombes au milieu de la foule constituent des actes inadmissibles. Mais la criminalisation de l'évasion fiscale n'est pas universelle, du fait de la diversité tant des approches et des systèmes fiscaux que des pratiques prohibitives déci-

Charité bien ordonnée commence par soi-même. Que la Suisse prenne une position indépendante et innovatrice, unilatérale et non négociée!

dées par certains gouvernants aux abois.

Pendant des lustres, la Suisse a ainsi sereinement accepté des clients dont la fortune, parfaitement «propre» selon la réglementation helvétique, l'était aussi sous l'angle de la fiscalité de notre pays, même si certaines pratiques étaient considérées comme illégales dans d'autres pays. Cela nous est aujourd'hui vertement reproché et certains de nos concitoyens considèrent cette attitude comme honteuse.

Cependant, il faut ici fermement signaler que la décision de ne pas «déclarer» sa fortune est plus souvent motivée par la volonté d'une personne de protéger son intimité, notam-

ment par rapport à l'Etat, plutôt que de l'objectif de réaliser une économie fiscale.

Preuve en est l'ancienne pratique des carnets d'épargne au porteur, l'un des seuls moyens de protéger ses économies jusqu'à la démocratisation de la bourse, dans les années 90. En effet, les déposants ne récupéraient souvent pas l'impôt anticipé de 35% et étaient donc taxés de manière largement supérieure à ce qu'ils auraient payé en déclarant leur épargne. Inofficiel ne rime pas avec clandestin.

Pour en revenir à la Confédération, pourquoi élaborer un système réglementaire qui enrayera les rouages de notre place financière et augmentera drastiquement les coûts des prestations, immanquablement reportées sur l'ensemble des clients de nos banques, suisses compris. En particulier, pourquoi vouloir imposer à des Etats tiers une amnistie fiscale déguisée pour leurs ressortissants («Rubik») sans prendre soi-même les mêmes dispositions?

Charité bien ordonnée commence par soi-même. Que la Suisse prenne une position indépendante et innovatrice, unilatérale et non négociée!

«Fiscalisons» tous les dépôts de clients qui, suisses ou étrangers, ne peuvent ou ne veulent pas apporter la preuve que leurs avoirs sont dûment déclarés, ceci en contrepartie de la garantie de la préservation de leur sphère privée. Comment procéder? Via un impôt libérateur à la source, calculé sur la plus-value observée en fin d'année, ceci après avoir lancé une amnistie générale ou une taxation forfaitaire réglant pragmatiquement le passé...

Tous les comptes «inofficiels» seraient frappés d'un impôt sur la plus-value annuelle, acceptable parce que fixé à hauteur raisonnable, soit en dessous de 10%, qui compenserait l'abolition de l'impôt anticipé. Et, pour satis-

faire tout le monde, prélevons un impôt immédiat, entre 3 et 7%, comme dans les pays du Sud de l'Europe, visant à régler le passé pour de tels comptes.

Les impôts perçus en Suisse sur des comptes non officialisés seraient reversés à la Confédération ou aux Etats de résidence des clients, pour autant que ces Etats aient conclu une convention de double imposition avec notre pays.

Ainsi, les clients des banques suisses auraient le choix entre déclarer leurs comptes dans leur pays de résidence ou subir cet impôt libérateur à la source. Leurs comportements ne pourraient alors plus être qualifiés de criminels et la Suisse pourrait faire miroiter aux pays tiers des revenus importants, vertueusement prélevés pour leur compte.

Tant par sa simplicité et son efficacité que par les recettes délivrées, ce «modèle suisse» pourrait même intéresser nos partenaires au point d'être répliqué par d'autres places financières.

Les banques suisses et l'Administration fédérale des finances ont préparé l'introduction de «Rubik» à grands coûts. Les systèmes informatiques sont prêts. Alors, à quand une approche originale, pragmatique et fédératrice de la problématique de la fiscalité internationale, tout en préservant la protection de la sphère privée, élément moteur du dynamisme économique? On n'a pas de pétrole, mais...

>> Sur Internet

Retrouvez sur notre site de nouvelles contributions d'invités extérieurs, ainsi que l'ensemble des articles écrits dans cette page par des invités

www.letemps.ch/forum_eco

STEUERPROGNOSEN

Die Vorsicht der Finanzdirektoren

Hansueli Schöchli · In manchen Ländern laufen die Staatsfinanzen aus dem Ruder. In der Schweiz dagegen kassieren Finanzminister zuweilen Kritik, wenn sich ihre Prognosen als zu negativ herausstellen. So wies jüngst der Bund für 2012 einen Überschuss von 1,3 Mrd. Fr. aus, budgetiert war «nur» eine ausgeglichene Rechnung. Die Differenz mag angesichts der Gesamteinnahmen von über 64 Mrd. Fr. gering erscheinen (2%) und sagt für sich allein wenig aus. Hinweise auf systematische Abweichungen liefert eine Untersuchung der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich über budgetierte und realisierte Steuereinnahmen in den Kantonen seit 1944. Sind die Abweichungen rein zufällig,

müssten sich Über- und Unterschätzungen über lange Perioden etwa ausgleichen. Doch in allen 26 Kantonen lagen die effektiven Steuereinnahmen im Durchschnitt höher als die Einnahmeprognosen, wobei in 24 Kantonen die mittlere Abweichung von knapp 2% bis gut 9% über fast sieben Jahrzehnte erheblich erscheint. Immerhin haben die Abweichungen über die Zeit tendenziell abgenommen.

Eine Tendenz zum «Schwarzmalen» ist aus der Optik vorsichtiger Finanzdirektoren gut nachvollziehbar: Eine Unterschätzung der Einnahmen ist viel weniger «schlimm» als eine Überschätzung, denn Korrekturen via Mehrausgaben oder Steuer senkungen liessen sich politisch in der Regel weit einfacher durchsetzen als Sparprogramme oder Steuererhöhungen. Diese Asymmetrie spiegelt die grundlegende Asymmetrie der menschlichen Psyche: 100 Fr. Verlust (oder Zusatzkosten) tun mehr weh, als 100 Fr. Gewinn Freude bereiten. Budgetverantwortliche mögen daher versuchen, diese Asymmetrie in ihre Prognosen einzubeziehen. Das mag löblich erscheinen, ist demokratiepolitisch allerdings nicht unproblematisch. Denn die Politik sollte Entscheide im Lichte der «besten» Prognosen treffen können. Zugunsten der Finanzdirektoren lässt sich immerhin anfügen, dass die Grenze zwischen bewusster Schwarzmalerei und einem unschuldigen Hang zur Vorsicht fließend ist.

«Humanität darf nicht nur vom Geld abhängig sein»

Der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich fordert ein grundlegendes Umdenken bei der Pharmaindustrie.

Interview: Simon Schmid

Novartis verliert in Indien den Patentschutz auf das Krebsmedikament Glivec. Ist das wirtschaftsethisch in Ordnung?

Aus meiner Sicht schon. Nach den Banken wird Pharma die zweite Branche sein, die schmerzhaft erfahren muss, dass ihr Geschäftsmodell überholt ist. Offenbar sind gemäss der Wahrnehmung von Novartis die Patienten in den Drittweltländern für das Unternehmen da – und nicht umgekehrt, wie es eigentlich sein sollte. Die Pharmafirmen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden.

Muss ein und dasselbe Medikament in Entwicklungsländern zwingend günstiger erhältlich sein als in Industrieländern?

Die Preisdifferenzierung anhand der Kaufkraft in einzelnen Ländern ist sinnvoll – vor allem bei lebensnotwendigen Medikamenten. Auf Präparaten ohne existenzielle Bedeutung sollen Pharmafirmen je nach Marktlage weiterhin ihre Margen machen können.

Wer soll bei Medikamenten der ersten Kategorie die Preisdifferenz begleichen? Sollen Schweizer Prämienzahler indirekt indische Patienten subventionieren?

Zuerst muss man sich fragen, ob der Wettbewerb in Indien bisher fair gestaltet war. Heute ist es so, dass die Regeln von den Pharmafirmen tendenziell missbraucht werden, um Margen aufrechtzuerhalten, die im freien Wettbewerb niemals erzielt werden könnten. Der Patentschutz sollte echte Neuentwicklungen, nicht aber Scheininnovationen schützen. Ansonsten ist der Patentschutz nichts anderes als staatlicher Protektionismus, wie er bei den Banken in Form der beschützten Steuerhinterziehung lange Zeit bestanden hat. Dass ausgerechnet in diesen beiden Branchen die höchsten Gehaltsauswüchse stattgefunden haben, ist kein Zufall: Man verdient dort zu leicht zu viel Geld.

Das heisst, die Unternehmen sollen einen Teil ihres Profits hergeben?

Mehr Wettbewerb wäre durchaus wünschenswert. Humanität darf nicht nur vom Geld abhängig sein: Um den Millionen von Menschen, die von einem oder zwei Dollar pro Tag leben, den Zugang zu Medikamenten zu ermöglichen, sind aber auch westliche Staaten und Nichtregierungsorganisationen mit ihren Entwicklungsbudgets in der Pflicht. Diese Gelder können zu Preisreduktionen für die ärmsten Bevölkerungsschichten eingesetzt werden.



Medikamentenverkauf in einer Apotheke in Allahaba, im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh. Foto: Rajesh Kumar Singh (Keystone)

sich die Entwicklung neuer Medikamente nicht finanzieren.

Wir sprechen von 20 Jahren Patentschutz auf echte Innovationen und von gigantischen Preisen für diese Medikamente: In der Zeit des Patentschutzes können die Forschungs- und Entwicklungskosten amortisiert werden. Danach soll der Wettbewerb spielen können. In einem Punkt muss aber Klarheit herrschen: Wenn Generika in Indien zu billigen Konditionen produziert und verkauft werden, sollten diese Produkte nicht in Industrieländer wie die Schweiz importiert werden.

Lockere Regeln in Indien und einen strengen Schutz in der Schweiz?

Es ist aus humanitären Gründen wünschenswert, dass Menschen in Entwick-

lungsländern günstiger zu Medikamenten kommen als in der Schweiz. Vor diesem Hintergrund lässt sich im Pharmabereich auch das Verbot gewisser Parallelimporte legitimieren.

Hat der Glivec-Entscheid übergeordnete Konsequenzen?

Die Branche sollte ihr typisches Geschäftsmodell überdenken. Anstatt die Margen mit allen Mitteln hochzuhalten, könnte Novartis eine Art Migros-Philosophie entwickeln: Bei lebensnotwendigen Medikamenten bringt nicht der hohe Preis den Profit, sondern der Umsatz. Bei den Millionen von Menschen, die aktuell keinen Zugang zu diesen Medikamenten haben, bietet diese Strategie durchaus Potenzial.

Ein Manager sagt sich: Die Politik macht die Regeln, ich befolge sie.

Die internationale Politik tut gut daran, die Harmonisierung des Patentschutzes voranzutreiben. Andererseits traue ich der Branche schon zu, in Eigenregie ihr Selbstverständnis zu überdenken: Verstehen sie sich als Vertreterin des Shareholder-Value, oder sieht sie ihre Rolle primär darin, zur Verbesserung der Weltgesundheit beizutragen?

Ist es nicht blauäugig, so viel Humanismus von einem Unternehmen zu fordern?

Aus eigenen Studien zur Pharmaindustrie weiss ich: Die Branche tickt tatsächlich nicht so – und das schafft ihr zunehmend ein Glaubwürdigkeits- und Imageproblem in einer sensibilisierten Öffentlichkeit. Genau um diesen Mentalitätswandel hin zu einer grösseren Sensibilität für das Allgemeinwohl geht es aber. Die Pharmabranche muss eigentlich ein Interesse daran haben, ihren Ruf grundlegend zu verbessern.

Warum sollte sie daran Interesse haben? Wenn der Arzt ein Medikament verschreibt, fragt niemand nach der Herstellerfirma.

Wenn eine Pharmafirma bei einem Krankenhaus den Ruf hat, faire Preise zu kalkulieren, so werden die Verantwortlichen eher Medikamente dieser Firma in ihr Programm aufnehmen. Für Firmen wie Novartis geht es aber auch um die jungen Menschen, die nach dem Studium ins Berufsleben einsteigen: Idealistische, motivierte Arbeitskräfte sind gerade für Unternehmen in der wissensintensiven Pharmabranche die wichtigste Ressource überhaupt.



Peter Ulrich
Der Ökonom war von 1987 bis 2009 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen.

Ein lockerer Patentschutz birgt auch Gefahren: Aufstrebende Länder wie Indien oder China können ihn auf Kosten der westlichen Firmen ausnutzen.

Der Patentschutz auf echte Innovationen ist meines Erachtens durch das indische Recht nicht gefährdet. Lockerer und aus Sicht von Entwicklungsorganisationen fortschrittlicher - ist das neue Patentrecht nur bei Pseudoinnovationen: bei leichten Variationen von längst erprobten Wirkstoffen oder Modifikationen der Verabreichungsform - wie bei Glivec. Die Grenze zwischen echten und unechten Innovationen lässt sich aus fachlicher Sicht ziemlich klar ziehen.

Das Glivec-Urteil ist also keine versteckte Subvention für die indische Generika-Industrie.

Ich glaube nicht. Und Novartis sollte darauf auch nicht mit einem Investitionsstopp reagieren - genauso wie die Firma nicht mit dem Wegzug aus der Schweiz drohen sollte, wenn man ihr gewisse Privilegien wegnimmt. Firmen dürfen Staaten im globalen Standortwettbewerb nicht gegeneinander ausspielen. Verantwortungsvoll geführte Unternehmen sollten den Vorrang von rechtsstaatlichen Entscheidungen gegenüber ihren eigenen Interessen akzeptieren.

Unendlich weit können aber auch Novartis oder Roche der Menschheit nicht entgegenkommen - sonst lässt

Internationales Streitschlichtungsverfahren

Indien zu verklagen, wäre ein heikler, politischer Entscheid

Das indische Urteil gegen Novartis verletzt vielleicht Handelsrecht unter Staaten. Dafür müsste die Schweiz in Genf bei der WTO klagen.

Andreas Valda, Bern

Zwar muss Novartis das Urteil des höchsten indischen Gerichts im Glivec-Fall akzeptieren. Aber möglicherweise sind Grundsätze des internationalen Handelsrechts verletzt worden. Novartis müsste die Eidgenossenschaft auffordern, eine Klage gegen Indien einzuleiten.

Hüterin der Regeln ist die in Genf ansässige Welthandelsorganisation (WTO). Relevant in diesem Fall wäre das Übereinkommen «über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums», bekannt unter der englischen Abkürzung Trips. Im Artikel 27 sind die Voraussetzungen erwähnt, wann Produkte als patentfähig beurteilt werden: Sie müssen - unter anderem - neuartig sein («provided that they are new»).

Das indische Patentgesetz fordert im pharmazeutischen Bereich darüber hinaus den Nachweis einer «erhöhten Wirk-

samkeit» im Vergleich zur bestehenden Substanz. Bei Glivec handelt es sich um ein Krebsmittel mit einer neuen chemischen Formel, die die Aufnahme offenbar stark verbessert. Das Gericht sah diesen Nachweis aber als nicht erbracht und verwehrte Glivec den Patentschutz.

Die Schweiz müsste vor der WTO klagen, dass der im indischen Gesetz vorgesehene Nachweis der «erhöhten Wirksamkeit» eine zusätzliche Hürde ist, die Trips verletzt und den Patentschutz verwässert. «Das ist der heikle Punkt des Glivec-Falls in Indien», sagt Mathias Schläli, Leiter internationale Handelsbeziehungen des eidgenössischen Instituts für geistiges Eigentum (IGE). Nur die WTO-Streitbeilegungsbehörde könne abschliessend beurteilen, ob die indische Regelung mit Trips vereinbar sei.

Das zuständige Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) analysiert zusammen mit dem IGE das Urteil. Noch sei «nicht einmal die Frage erwogen worden, den WTO-Streitschlichtungsmechanismus anzurufen», betont Markus Schlagenhof, Leiter des Ressorts WTO. Nicht nur müsste ein «klarer Verstoß gegen WTO-Regeln» vorliegen und eine Klage «objektive Erfolgsaussichten» haben - es müssten auch «erhebliche materielle

Interessen der Schweiz» tangiert sein. Vor einem solchen Schritt würde die Schweiz zudem informelle Kanäle suchen - etwa im Rahmen der Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen der Efta mit Indien, an denen die Schweiz vertreten ist, oder «über Ministertreffen». Erst wenn Gespräche nicht fruchten, würde die Schweiz ein formelles WTO-Verfahren in Erwägung ziehen.

Die Schweiz hat in einem Patentfall noch nie einen Staat verklagt, aber sie war schon als «Drittpartei» Teilnehmer: Im Jahr 1998, als die USA Kanada wegen eines anders gelagerten Disputs vor die WTO zogen. Ein Fachmann in Patentfragen, der nicht genannt sein will, sagte, insbesondere sei abzuschätzen, ob ein solcher Streitfall «allenfalls mehr Schaden als Nutzen in der Beziehung zweier Länder» bringe.

Novartis wollte nicht Stellung nehmen, schrieb aber, es gebe «eine Reihe von Regierungen, die Bedenken geäußert haben bezüglich den Patentierbarkeitsstandards in Indien sowie der mangelnden Übereinstimmung mit dem Trips-Abkommen. Verschiedene Stakeholder einschliesslich Regierungen, akademische Kreise sowie Unternehmen analysieren zurzeit das Urteil.»

Muss der Bundesrat den Novartis-Fall vor die WTO zerren?

Von **Matthias Chapman**. Aktualisiert vor 40 Minuten

Die Patent-Niederlage von Novartis in Indien könnte vor einem Schiedsgericht in Genf neu aufgerollt werden. WTO-Kenner Richard Senti sagt, wie die Chancen stehen – und wo die Gefahren lauern.



Könnten sich bald noch besser kennenlernen: WTO-Vorsitzender Pascal Lamy und der Schweizer Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann. (Archiv, 15. Dezember 2011)

Bild: Keystone

Artikel zum Thema

Urteil gegen Novartis: «Ein Sieg für alle Generika»

«Novartis könnte eine Art Migros-Philosophie entwickeln»

Der Glivec-Entscheid: 7 Fragen, 7 Antworten

Wenn sich internationale Player in Wirtschaftsfragen nicht einig sind, tritt die Schlichtungsstelle der **WTO** auf den Plan. Respektive sie kann angerufen werden. So geschehen im Autostreit zwischen den USA und China oder dem Hormonfall zwischen der EU und den USA, um nur zwei der grössten Fälle der letzten Jahre zu nennen. Der sogenannte Hormonfall

Novartis-Urteil erschüttert westliche Pharmaindustrie



«Wenn schon ein Verfahren, dann am ehesten mit Partnern»: WTO-Kenner Richard Senti.

Schweizer Streitfälle vor der WTO

Ende der 90er-Jahre brachte die Schweiz von Indien verhängte Importrestriktionen für Textilien und Uhren vor die WTO. Die Asiaten mussten allerdings zurückkriechen, die vorgebrachten Gründe erwiesen sich als haltlos.

Beim zweiten Fall im selben Zeitraum ging es um ein Antidumpingverfahren, das Australien gegen einen Schweizer Papierproduzenten eingeleitet hatte. Auch hier einigte man sich. Die Vorwürfe von Seiten Australiens erwiesen sich als völkerrechtlich unzulässig.

Ebenfalls eine Einigung wurde in Sachen BSE zwischen der Schweiz und der Slowakei erreicht.

Der Bananenstreit

Über zwei Jahrzehnte lang stritten die EU und lateinamerikanische Staaten sowie die USA über Bananenlieferungen. Der Vorwurf von Seiten Südamerikas: Die Europäer würden bestimmte Produzenten bevorzugen – meist ehemalige Kolonialgebiete. Die EU verloren vor der WTO-Schlichtungsstelle.

Bildstrecke



lag so, dass die Europäer sich weigerten, Fleisch von mit Hormonen gemästeten Rindern zu importieren. Dagegen legte die USA bei der WTO Einspruch ein. Das Verfahren nahm seinen Lauf. Doch dazu später mehr.

Und damit sind wir auch schon beim aktuellen Fall **Novartis** (NOVN 67.85 0.59%) und ihrem Krebsmedikament Glivec. Vielfach wurde seit dem gestrigen Urteilsspruch gesagt, der Entscheid des indischen Gerichts müsse vor die WTO gebracht werden. Die Schlichtungsstelle der Welthandelsorganisation müsse gleiche Spielregeln für alle schaffen. Novartis als privates Unternehmen kann in dieser Sache allerdings nicht bei der WTO vorstellig werden. Diese ist eine Organisation der Regierungen, und allein die Regierungen können aktiv werden.

Heikles Dossier Freihandel

«Noch nie hat die Schweiz ein WTO-Streitschlichtungsverfahren bis zu einem Entscheid durchgezogen», sagt ETH-Professor und intimer Kenner der WTO, Richard Senti. In drei Fällen (siehe Box links) hätte man sich im Verlauf der Verhandlungen mit den Kontrahenten – Indien, Australien und Slowakei – geeinigt. Im Stahlstreit zwischen der EU und den USA war man neben vielen anderen Mitstreitern auf der Seite Brüssels.

Senti hält es nicht für unmöglich, dass der Bundesrat im aktuellen Fall mit Novartis aktiv werde. Allerdings dürfte es für die Landesregierung sehr heikel werden, hier einen Entscheid gegen Indien anzustreben. «Die beiden Länder sind in Verhandlungen über einen Freihandel. Ein Verfahren bei der WTO-Schlichtungsstelle wäre sicher nicht förderlich.»

Kein Alleingang, nur mit Partnern

Wenn schon ein Verfahren, dann am ehesten mit Partnern. Der Bundesrat wird sich die Frage stellen,



Der Glivec-Entscheid von Dehli

Novartis erhält für das Krebs-Medikament keinen Patentschutz.

Langwieriges Streitverfahren bei der WTO

Um einen Streit im internationalen Handel zu schlichten, kann die WTO angerufen werden. Es sind allerdings nicht die Betroffenen selbst – wie hier Novartis – sondern Regierungen, die bei der Welthandelsorganisation vorstellig werden müssen. Nur die offizielle Schweiz, vertreten durch ihre Regierung, kann ein solches Verfahren anstrengen. Zuerst gibt es Konsultationen zwischen Kläger und Beklagtem. Münden diese nicht in eine Einigung, kann der Bundesrat offiziell bei der WTO in Genf ein sogenanntes Panel, das Streitschlichtungsorgan, verlangen. Dieses tagt einmal im Monat. Im vorliegenden Glivec-Fall könnte Indien gegen das Panel-Begehren des Bundesrats das Veto einlegen. Gewinnt Indien, kann das Verfahren wiederholt werden. Wird das Panel gewährt, legt dieses – zusammengesetzt aus drei Experten – nach drei Monaten einen Zwischenbericht vor. Nach wiederum sechs Monaten und unter Einvernahme der beteiligten Parteien wird der Schlussbericht vorgelegt. Darin wird festgehalten, ob eine Partei recht bekommt oder nicht. Dagegen kann aber Indien innerhalb von zwei Monaten nochmals Rekurs einlegen. Eine weitere Stelle muss dann das Urteil auf seine Rechtmässigkeit prüfen. Kommt diese zum gleichen Urteil, muss der Befund vor die WTO-Delegierten, welche mit Mehrheit zustimmen müssen. Ein Urteil muss dann innerhalb von 15 Monaten umgesetzt werden. Geschieht dies nicht, dürfen gegen den Unterlegenen Sanktionen eingeführt werden. Allerdings muss auch hier das Panel entscheiden, ob die Sanktionen angemessen sind oder nicht. (cpm)

Teilen und kommentieren

Stichworte

Novartis

WTO

Swissquote Exklusiver Trading-Partner

ob andere Staaten in einem solchen Verfahren mitziehen, am ehesten potentiell starke wie die USA. «Wenn überhaupt, dann hätte ein gemeinsames Vorgehen sicher bessere Chancen.» Angesichts dessen, dass mit Pfizer und Bayer schon Pharmakonzerne aus Deutschland und den USA in Indien aufgelaufen sind, scheint das nicht einmal so aussichtslos.

Trotzdem werde sich der Bundesrat die Sache zweimal überlegen, sagt Senti. «Bei einer Niederlage riskiert man das Gesicht zu verlieren. Und das ist mitten in Verhandlungen nicht von Vorteil.» In Bern werde man Nutzen und Risiken mit Bestimmtheit abwägen, erklärt der WTO-Kenner.

Sanktionen, wenn nichts fruchtet

Nicht nur der drohende Gesichtsverlust dürfte für den Bundesrat Anlass zu genauer Vorabklärung sein. Denn: Auch ein Sieg vor der WTO heisst noch lange nicht, dass die monierten Regelungen dann aufgehoben werden. Senti nennt das Beispiel des Hormonfalls: «Zwar wurde die EU von der WTO verpflichtet, hormongemästetes Fleisch zu importieren. Trotzdem befolgte Brüssel diese Vorgabe nicht.» Man habe sich dann später über Zwischenlösungen gefunden.

Bleibe im Falle eines Sieges vor der WTO noch die Sanktion. Setzt nämlich ein Land die WTO-Vorgabe nicht innerhalb von 15 Monaten um, dürfe der klagende Staat gegen den unterlegenen Sanktionen ergreifen. Allerdings muss die Massnahme der WTO vorgelegt werden. So geschehen im sogenannten Bananenstreit (siehe Box links) zwischen der EU und den USA sowie lateinamerikanischen Staaten. Die von den USA angestrebte Millionenstrafe wurde von der Genfer Welthandelsorganisation reduziert.

«Sanktionen mögen ein Machtmittel zwischen gleich grossen Wirtschaftsräumen sein. Was aber, wenn ein Kleiner gegen einen Grossen vorgeht», bringt Senti die Krux an der Sache auf den Punkt.

(baz.ch/Newsnet)

Erstellt: 02.04.2013, 17:37 Uhr

<http://bazonline.ch/> 03.04.2013



Der Glivec-Entscheid von Dehli

Novartis erhält für das Krebs-Medikament keinen Patentschutz.

Langwieriges Streitverfahren bei der WTO

Um einen Streit im internationalen Handel zu schlichten, kann die WTO angerufen werden. Es sind allerdings nicht die Betroffenen selbst – wie hier Novartis – sondern Regierungen, die bei der Welthandelsorganisation vorstellig werden müssen. Nur die offizielle Schweiz, vertreten durch ihre Regierung, kann ein solches Verfahren anstrengen. Zuerst gibt es Konsultationen zwischen Kläger und Beklagtem. Münden diese nicht in eine Einigung, kann der Bundesrat offiziell bei der WTO in Genf ein sogenanntes Panel, das Streitschlichtungsorgan, verlangen. Dieses tagt einmal im Monat. Im vorliegenden Glivec-Fall könnte Indien gegen das Panel-Begehren des Bundesrats das Veto einlegen. Gewinnt Indien, kann das Verfahren wiederholt werden. Wird das Panel gewährt, legt dieses – zusammengesetzt aus drei Experten – nach drei Monaten einen Zwischenbericht vor. Nach wiederum sechs Monaten und unter Einvernahme der beteiligten Parteien wird der Schlussbericht vorgelegt. Darin wird festgehalten, ob eine Partei recht bekommt oder nicht. Dagegen kann aber Indien innerhalb von zwei Monaten nochmals Rekurs einlegen. Eine weitere Stelle muss dann das Urteil auf seine Rechtmässigkeit prüfen. Kommt diese zum gleichen Urteil, muss der Befund vor die WTO-Delegierten, welche mit Mehrheit zustimmen müssen. Ein Urteil muss dann innerhalb von 15 Monaten umgesetzt werden. Geschieht dies nicht, dürfen gegen den Unterlegenen Sanktionen eingeführt werden. Allerdings muss auch hier das Panel entscheiden, ob die Sanktionen angemessen sind oder nicht. (cpm)

Teilen und kommentieren

Stichworte

Novartis
WTO

SwissquoteExklusiver Trading-Partner

ob aber die Staaten in einem solchen Verfahren mitziehen, am ehesten potentiell starke wie die USA. «Wenn überhaupt, dann hätte ein gemeinsames Vorgehen sicher bessere Chancen.» Angesichts dessen, dass mit Pfizer und Bayer schon Pharmakonzerne aus Deutschland und den USA in Indien aufgelaufen sind, scheint das nicht einmal so aussichtslos.

Trotzdem werde sich der Bundesrat die Sache zweimal überlegen, sagt Senti. «Bei einer Niederlage riskiert man das Gesicht zu verlieren. Und das ist mitten in Verhandlungen nicht von Vorteil.» In Bern werde man Nutzen und Risiken mit Bestimmtheit abwägen, erklärt der WTO-Kenner.

Sanktionen, wenn nichts fruchtet

Nicht nur der drohende Gesichtsverlust dürfte für den Bundesrat Anlass zu genauer Vorabklärung sein. Denn: Auch ein Sieg vor der WTO heisst noch lange nicht, dass die monierten Regelungen dann aufgehoben werden. Senti nennt das Beispiel des Hormonfalls: «Zwar wurde die EU von der WTO verpflichtet, hormongemästetes Fleisch zu importieren. Trotzdem befolgte Brüssel diese Vorgabe nicht.» Man habe sich dann später über Zwischenlösungen gefunden.

Bleibe im Falle eines Sieges vor der WTO noch die Sanktion. Setzt nämlich ein Land die WTO-Vorgabe nicht innerhalb von 15 Monaten um, dürfe der klagende Staat gegen den unterlegenen Sanktionen ergreifen. Allerdings muss die Massnahme der WTO vorgelegt werden. So geschehen im sogenannten Bananenstreit (siehe Box links) zwischen der EU und den USA sowie lateinamerikanischen Staaten. Die von den USA angestrebte Millionenstrafe wurde von der Genfer Welthandelsorganisation reduziert. «Sanktionen mögen ein Machtmittel zwischen gleich grossen Wirtschaftsräumen sein. Was aber, wenn ein Kleiner gegen einen Grossen vorgeht», bringt Senti die Krux an der Sache auf den Punkt. (baz.ch/Newsnet)

Erstellt: 02.04.2013, 17:37 Uhr

Streit um tiefere Promillegrenze

VERKEHR SP-Nationalrätin Bea Heim will die Promillegrenze von heute 0,5 auf 0,3 senken. Sogar der Beratungsstelle für Unfallverhütung geht dies zu weit.

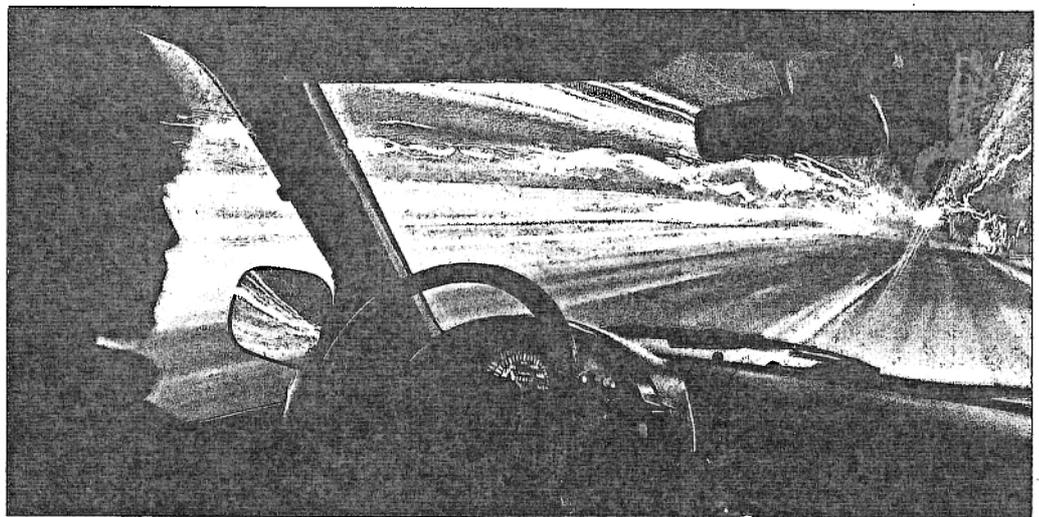
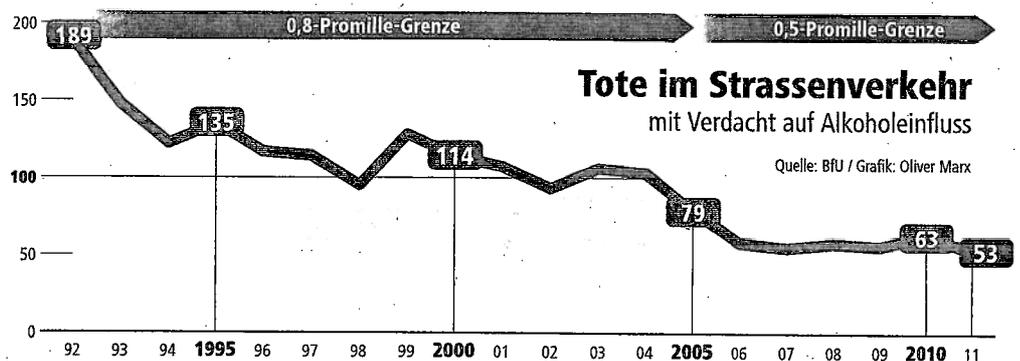
KARI KÄLIN
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

Der Effekt war spürbar. Nachdem Anfang 2005 die 0,5-Promille-Grenze in Kraft getreten war, starben auf Schweizer Strassen 79 Personen wegen Alkoholeinfluss. 2004, als der Grenzwert noch bei 0,8 Promille lag, verloren noch 103 Personen ihr Leben wegen alkoholisiertem Verkehrsteilnehmer. Mittlerweile hat sich die Zahl der jährlichen Todesopfer bei rund 50 bis 60 Personen eingependelt, wie aus einer Statistik der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) hervorgeht (siehe Grafik). Die BfU-Statistik weist höhere Werte aus als jene des Bundesamtes für Strassen (Astra). Dieses listet im Gegensatz zur BfU nur jene Unfälle unter der Rubrik Alkohol auf, bei denen Alkohol der Unfallhauptgrund war. Nach der Zählweise des Astra kamen 2011 im Verkehr 38 Personen wegen Alkohol ums Leben, letztes Jahr 40.

Luzern: Ein Unfall bis 0,3 Promille

Dass der Alkohol im Strassenverkehr noch immer so viele Todesopfer fordert, will die Solothurner SP-Nationalrätin Bea Heim nicht länger hinnehmen. In der Sommersession wird sie deshalb in einem Vorstoss die Promillegrenze 0,3 verlangen. «Es gibt Hinweise, wenn sie auch glücklicherweise noch nicht spektakulär sind, dass die Zahl durch Alkohol verursachter tödlicher Unfälle statt weiter abzunehmen nicht nur stagniert, sondern wieder zunimmt», sagt Heim. Heim ist überzeugt, dass sich mit einer tieferen Promillegrenze Leben retten lassen. Der Schwyzer SVP-Ständerat Peter Föhn hingegen betont, bereits mit der 0,5-Promille-Grenze habe man erfreuliche Ergebnisse erreicht. Und: «Wir dürfen nicht die Feierabendbiertrinker kriminalisieren», sagt er.

Doch bei welchem Alkoholgehalt passieren die meisten tödlichen Unfälle? Weder das Astra noch die BfU verfügen über entsprechende Zahlen. Auch die Luzerner Polizei konnte gestern dazu keine verlässlichen Aussagen machen. Bekannt ist, dass im letzten Jahr auf Luzerner Strassen 78 alkoholbedingte Unfälle passierten, bei denen Personen zu Schaden kamen. Ein Blick auf die



Die Statistik belegt es: Wer sich alkoholisiert ans Steuer setzt, bringt sich und andere in tödliche Gefahr.

Getty

Daten zeigt: Nur ein Unfallverursacher hatte weniger als 0,3 Promille im Blut, vier hatten 0,3 bis 0,49 Promille intus, weitere vier 0,5 bis 0,79. Die restlichen 69 Personen waren mit mehr als 0,8 Promille unterwegs. Die meisten Verkehrsteilnehmer, die einen Unfall verursachten, hatten zwischen 1,6 und 1,69 Promille im Blut. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Kanton Thurgau. Die meisten Unfälle bauten von 2007 bis 2011 Personen mit 1,4 bis 1,59 Promille im Blut. Die Daten aus Luzern und Thurgau legen den Schluss nahe: Das grösste Problem stellen jene Lenker dar, die massiv über die Stränge schlagen und die geltende 0,5-Promille-Grenze einfach ignorieren.

Nulltoleranz bei Neulenkern

Erst im letzten Juni hat das Parlament Massnahmen zu einer verstärkten Ver-

kehrssicherheit (Via sicura) verabschiedet. Unter anderem dürfen Neulenkern bis drei Jahre nach der Fahrprüfung sowie Lastwagen- oder Busfahrer keinen Tropfen Alkohol trinken. Diese Massnahme tritt voraussichtlich am 1. Januar 2014 in Kraft.

Skepsis bei Präventionsfachstelle

Die Beratungsstelle für Unfallverhütung begrüsst diesen Entscheid. «Studien zeigen, dass bei unerfahrenen jungen Lenkern bereits bei einer Blutalkoholkonzentration von weniger als 0,5 Promille ein erhöhtes Unfallrisiko feststellbar ist», schreibt die BfU in einem Bericht.

Der Idee, den Alkoholgrenzwert generell auf 0,3 Promille zu beschränken, steht die BfU indessen skeptisch gegenüber. Die gesetzliche Festlegung einer Limite erziele noch nicht per se die

gewünschte präventive Wirkung, sagt BfU-Sprecher Daniel Menna. Wichtig sei, dass sie durchgesetzt werde. Bei einer Grenze von 0,3 Promille würde das laut Menna bedeuten, dass die Polizei deutlich mehr Kontrollen durchführen müsste. Damit bestehe die Gefahr, dass die Polizei sich nicht mehr auf Fahrer mit einem höheren Alkoholgehalt im Blut konzentrieren könnte. «Etwas salopp ausgedrückt: Es bestünde die Gefahr, dass die Kontrolltätigkeit der Polizei zu sehr durch Bagatelverstösse absorbiert würde.»

Gemäss einer BfU-Studie könnte ein tieferer Promillegrenzwert sogar eine schädliche Wirkung entfalten. In Schweden zum Beispiel wurde der Grenzwert vor geraumer Zeit von 0,5 auf 0,2 Promille gesenkt. Die Folge: Alkohol am Steuer wurde danach gesellschaftlich nicht mehr geächtet.

KOMMENTAR

Realistisch bleiben

Wer sich ans Steuer setzt, soll höchstens noch 0,3 Promille Alkohol im Blut haben: Dies fordert die Solothurner SP-Nationalrätin Bea Heim. Hitzige Diskussionen sind garantiert. Will uns die Politik jetzt auch das Feierabendbier vermiesen? Oder rettet eine tiefere Promillengrenze Menschenleben?

Zuerst das Erfreuliche: Seit dem Jahr 2005 sind nur noch 0,5 anstatt wie früher 0,8 Promille erlaubt. Die Zahl der durch Lenker unter Alkoholeinfluss getöteten Opfer im Strassenverkehr sank seither markant und hat sich mittlerweile zwischen 50 und 60 pro Jahr eingependelt. Das sind immer noch zu viele.

Die Politik hat reagiert. Ab dem nächsten Jahr gilt für Neulenker bis drei Jahre nach der Fahrprüfung ein absolutes Alkoholverbot. Das macht Sinn. Denn gerade jugendliche Lenker verursachen bereits mit wenig Alkohol im Blut überdurchschnittlich viele Unfälle.

Es gibt hingegen gute Gründe, die generell gültige Promillengrenze bei 0,5 zu belassen. Ein Blick auf die Unfallstatistik in verschiedenen Kantonen zeigt: Die meisten Unfälle, bei denen Alkohol im Spiel ist, gehen auf das Konto von Kampftrinkern. Ob 0,3 oder 0,5 Promille: Sie ignorieren die Limite sowieso. Zudem müsste die Polizei ihre Kontrolltätigkeit bei einer tieferen Grenze wohl verstärken, um die Sünder zu fassen. Ob die nötigen Ressourcen vorhanden wären, darf bezweifelt werden.

In anderen Ländern, zum Beispiel Schweden, gilt seit einiger Zeit die 0,2-Promillengrenze. Der Effekt war kontraproduktiv: Der Wert liegt so tief, dass eine Übertretung wieder zum Kavaliersdelikt wird. So weit darf es in der Schweiz nicht kommen.

Karin Keller-Sutter kommt in den Economiesuisse-Vorstand

Von Arthur Rutishauser. Aktualisiert vor 49 Minuten

Die FDP-Ständerätin wird zu einer der einflussreichsten Frauen in der Schweizer Wirtschaft.



Kommt zu Economiesuisse: Karin Keller-Sutter bei der Debatte der 1:12-Initiative im Ständerat. (21. März 2013)
Bild: Keystone

Artikel zum Thema

**Bäloise holt Ständerätin Karin Keller-Sutter
Economiesuisse will doch noch Lehren aus
der Niederlage ziehen
Uhrenverband tritt aus Economiesuisse aus**

Teilen und kommentieren

Die krisengeschüttelte **Economiesuisse** erhält einen prominenten Zugang. Die populäre St. Galler FDP-Ständerätin **Karin Keller-Sutter** kommt in den Vorstand des Wirtschaftsdachverbandes. Damit wird Keller-Sutter zu einer der bestvernetzten Politikerinnen des Landes. Sie sitzt bereits im NZZ-Verwaltungsrat, im Vorstand des Arbeitgeberverbands und im Stiftungsrat dreier Pensionskassen.

Stichworte

Economiesuisse
Detailhandel
Karin Keller-Sutter

BLOG



Dabei soll es nicht bleiben. An der GV vom 2. Mai der Baloise will sie ebenfalls in den Verwaltungsrat des Versicherers gewählt werden, im Juni zur Präsidentin der Swiss Retail Federation, der Lobby-Organisation des **Detailhandels**. Ihre Mitglieder, zu denen die meisten bekannten Detailhändler mit Ausnahme von Migros und Coop zählen, machen 12 Milliarden Franken Umsatz und beschäftigen 40'000 Personen. Damit haben sie Anspruch auf einen Sitz im Vorstand von Economiesuisse. Bisher hatte diesen Bruno Frick, der ehemalige CVP-Parlamentarier, inne. Er tritt zurück.

«Weiterhin unabhängig»

Gelingt die Wahl, kommt Keller-Sutter in ähnliche Sphären wie einst die Zürcher FDP-Ständerätin Vreni Spoerry. Gegen sie wurden nach dem Swissair-Grounding Filzvorwürfe laut. Angesprochen auf ihre Unabhängigkeit als Parlamentarierin angesichts der wachsenden Zahl von Mandaten sagt Keller-Sutter: «Ich werde weiterhin unabhängig politisieren. Ich bin im Umfeld des Gewerbes aufgewachsen und werde auch bei Economiesuisse nicht abheben.»

Zusammen mit dem Baumeisterverband vertreten laut Keller-Sutter die Detailhändler in Economiesuisse sowieso nicht die Wirtschaftselite, sondern «quasi das Bodenpersonal». FDP-Präsident Philipp Müller, der seine Partei eigentlich etwas vom Ruf der bedingungslosen Wirtschaftsnähe wegführen will – und der selber in keinem grossen Verwaltungsrat oder Verbandsvorstand sitzt –, nimmt zu Keller-Sutters neuem Mandat keine Stellung. Er bezeichnet es als «Privatsache».

Bereits auf der Linie von Economiesuisse

Geht es um Sachfragen, liegt Keller-Sutter bereits heute auf der Linie von Economiesuisse. «Was die wirtschaftspolitischen Vorlagen betrifft, bin ich gegen die 1:12-Initiative, gegen die Mindestlohninitiative und gegen eine Begrenzung der mit der EU ausgehandelten Freizügigkeitsabkommen. Die Ventilklausel soll hingegen angewendet werden, wenn die Kriterien erfüllt sind», sagt Keller-Sutter. Der Detailhandel ist eine der wenigen Branchen, die von einer Annahme der Mindestlohninitiative betroffen wäre. In jüngster Vergangenheit machte sich die St. Galler FDP-Ständerätin auch gegen die Abzockerinitiative stark.

Nach dem verlorenen Abstimmungskampf bestritt sie dann in der «Arena» vehement eine allzugrosse Nähe zur Wirtschaftslobby. «Man kann die Leute auch auf Abstand halten», wandte sie ein. «Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich das mache, was ich für richtig halte. Und manchmal ist das auch die Position von Economiesuisse.» Wichtig sei, so Keller-Sutter, dass es transparent sei. Das ist es nun. Allerdings: Dem Grundsatz der Eigenständigkeit wird Keller-

Sutter innerhalb von Economiesuisse nicht nachleben. «Ich werde, sofern ich als Präsidentin gewählt werde, als Vertreterin der Swiss Retail Federation im Vorstand von Economiesuisse sein und deren Interessen vertreten.» (Tages-Anzeiger)

Erstellt: 03.04.2013, 06:24 Uhr

Noch keine Kommentare

FDP-Nationalrätin zum Ansehen der Bundesparlamentarier Politik und Respekt

Von Daniela Schneeberger

«Gesetze sind wie Würste, man sollte besser nicht dabei sein, wenn sie gemacht werden.» Fälschlicherweise wird dieses Zitat Reichskanzler Otto von Bismarck zugeschrieben; ursprünglich geht es allerdings auf den Dichter John Godfrey Saxe zurück. Hinter dem Zitat steckt eine Vermutung, die zumindest für die Schweiz nicht zutrifft: Sie erweckt den Eindruck, dass sowohl das Würsten als auch das Erarbeiten von Gesetzen unanständig sei. In beiden Fällen lehrt mich meine Erfahrung anderes. Doch ich gebe zu, dass sich das Klischee der «unanständigen Politiker» hartnäckig hält. Die Gründe dafür sind offensichtlich. In vielen Ländern neigen die Politiker dazu, eine eigene Klasse zu bilden und sich vom Volk abzuheben.

Ich gebe zu, dass sich das Klischee der «unanständigen Politiker» hartnäckig hält.

Meine Erfahrung im Parlament zeigt mir überdeutlich: In der Schweiz ist dies nicht der Fall. Während der vier jeweils drei Wochen dauernden Sessionen arbeiten wir Parlamentarier intensiv. Wir sind überzeugt von dieser Arbeit und setzen uns mit Elan für die Sache ein. Die Herausforderungen sind gross, die Dossiers zahlreich und die Nächte wahren kurz. Das erfordert Engagement, Freude, Herzblut – und bei Niederlagen eine gehörige Portion Nehmerqualitäten. Immer wieder aufstehen und weiterarbeiten lautet das Motto. Burnouts wie bei der Zürcher SVP-Nationalrätin Natalie Rickli stehen Versuchen gegenüber, die Arbeitsbelastung der Parlamentarier zu senken. Die Aargauer SP-Nationalrätin Yvonne Feri fordert mit einem Vorstoss, zusätzliche und dafür kürzere Sessionen einzuführen. Sie wünscht sich einen Parlaments-

betrieb, der weniger geprägt ist vom Zeitdruck und der Müdigkeit, die sich zwangsläufig nach zwei Wochen intensiver Arbeit einstellt. Man kann nun diesen Vorschlag gut oder schlecht finden – was mich sehr beschäftigt hat, waren die vielen Leserkommentare, welche die entsprechenden Medienberichte hervorgerufen haben – vor allem auch auf den Webseiten der Medienhäuser.

Die Reaktionen waren leider genau so, wie es das Eingangszitat vermuten lässt: Man schimpft über die faulen Politiker, die schon am Donnerstag ins Wochenende fahren.

Als Politikerin gebe ich unumwunden zu, dass mich solche Kommentare nachdenklich gestimmt haben. Es scheint immer weniger Menschen klar zu sein, wie die Arbeit im Milizparlament funktioniert. Wir Schweizer Politiker sind keine abgehobene Klasse, sondern Menschen wie du und ich. Ich bin eine Verfechterin des Milizsystems, eines parlamentarischen Prozesses, der nahe an der Berufsrealität der Menschen steht. Die Aufgabe ist anstrengend, sie ist aufreibend. Sie gibt aber auch Befriedigung und erlaubt es, von Zeit zu Zeit einen Erfolg zu feiern. Ich empfehle jedermann, einmal zwei Tage auf der Besuchertribüne des Nationalrats zu verbringen und die Geschäfte mitzuverfolgen. Dies vermittelt einen guten Eindruck, wie in Bern gearbeitet wird. Für mich ist klar, und ich lasse mich auch nicht entmutigen: Ich betreibe Politik mit Freude und viel Engagement – Nebengeräusche hin oder her.



Daniela Schneeberger ist Baselbieter FDP-Nationalrätin. Sie ist Treuhänderin und wohnt in Thürmen.

Hat Yvan Perrin doch noch Chancen?

FDP contra Rot-Grün bei den Neuenburger Regierungswahlen – die SVP als Aussenseiterin

Am 14. April finden in Neuenburg die Kantonalwahlen statt. Dabei versucht die FDP, ihre Regierungsmehrheit gegen Rot-Grün zu verteidigen. Offen ist, ob SVP-Nationalrat Yvan Perrin trotz Gesundheitsproblemen vorne mitmischen kann.

Christophe Büchi, Neuenburg

Der Kanton Neuenburg ist ein politischer Sonderfall. Obwohl die Freisinnigen hier noch früher als in anderen Hochburgen ihre Wählermehrheit verloren haben und schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts mit einer starken Linken auskommen müssen, hält die FDP seit 2009 die Regierungsmehrheit: Die Neuenburger Exekutive setzt sich aus drei FDP-Vertretern und zwei Sozialdemokraten zusammen.

Diese «Abnormität» erklärt sich durch die Fusion der Freisinnigen und der Liberalen, wie auch durch die Tatsache, dass die CVP in Neuenburg immer ein Randdasein fristet. Die Folge ist, dass die FDP in den letzten Jahren praktisch allein das bürgerliche Lager repräsentierte, wenn man von der am rechtsbürgerlichen Rand politisierenden SVP absieht. Aber richtig glücklich

ist niemand mit dieser Situation. Denn in einem Land, das einen ausgeprägten Sinn für Proportionalität besitzt, fällt es schwer, zu rechtfertigen, dass eine Partei drei von fünf Regierungssitzen hält, obwohl sie von der Wählermehrheit weit entfernt ist. Zuvor war es für die Freisinnigen und Liberalen einfacher, ihren Besitzstand zu legitimieren, weil sich ihre drei Mandate auf zwei verschiedene Parteien verteilten. Die Fusion mit den Liberalen hat dagegen die FDP in einen akuten Erklärungsnotstand versetzt.

Ribaux gegen die Amtsträger?

Ob die FDP-Regierungsmehrheit überlebt, ist bei den kommenden Kantonalwahlen die zentrale Frage. Die Anschlussfrage lautet, ob die FDP-Amtsträger bestätigt werden. Neben ihren amtierenden Staatsräten Philippe Gnaegi und Thierry Grosjean (der dritte, Claude Nicati, tritt zurück) schickt die FDP nämlich auch drei Neue ins Rennen: Nationalrat Alain Ribaux, den Anwalt Christian Blandenier und den Bankdirektor Andreas Jurt. Es könnte durchaus sein, dass Ribaux den einen oder gar beide Amtsträger überrundet und im Fall, dass die FDP einen Sitz verliert, einen Bisherigen aus dem Amt drängt. Der Bisherigen-Bonus könnte

sich durchaus als Malus entpuppen. Die FDP hat aber einen Trumpf: die relative Schwäche der rot-grünen Fünferliste.

Die linken Parteien, die in der vergangenen Legislaturperiode die Parlamentsmehrheit hielten, möchten nun auch die Macht in der Regierung übernehmen. Und aufgrund der numerischen Kräfteverhältnisse ist dies durchaus möglich. Indessen ist das rot-grüne Lager durch die Tatsache geschwächt, dass die Partei der Arbeit (PdA) anstelle ihres «Stars» Denis de la Reussille einen unbekannteren Kandidaten (Nago Humbert) portiert und auch der grüne Regierungskandidat Patrick Herrmann nicht sehr bekannt ist.

Auf der rot-grünen Einheitsliste findet man ferner drei SP-Vertreter: Staatsrat Laurent Kurth, den Nachfolger von Jean Studer, sowie Jean-Nathanaël Karakash und die Grossrätin Monica Maire-Hefti. Die bekannten Politiker Kurth und Karakash haben grosse Chancen, gewählt zu werden, und zwar selbst im Fall, dass Rot-Grün nur zwei Mandate holt. Grossrätin Hefti verfügt allerdings über den Frauenbonus. Zudem wird sie nicht nur durch das linke Lager, sondern auch von den Grünliberalen unterstützt.

Der Kampf der beiden Blöcke wird dieses Jahr noch durch die Präsenz mehrerer Aussenseiter kompliziert. Der be-

kannteste unter ihnen ist SVP-Nationalrat Yvan Perrin. Ihm wurden zu Beginn des Jahres noch gute Chancen eingeräumt, zumal er sein Profil als Oppositionspolitiker etwas abgeschliffen hat und deshalb auch in moderaten bürgerlichen Kreisen mehr und mehr als wählbar gilt. Doch die Enthüllungen der Zeitung «Le Matin» über seine gesundheitlichen Probleme vor allem psychischer Natur haben ihm wahrscheinlich doch zugesetzt. Sicher chancenlos sind dagegen die Regierungskandidaten der CVP und der Linkspartei Solidarités.

CVP mit neuen Mitteparteien

Bei den Grossratswahlen sind es die rot-grünen Parteien, die ihre knappe Mehrheit (60 von 115 Sitzen) verteidigen müssen. Diese wird nicht nur von der FDP angegriffen, sondern auch von einer Vielzahl von kleineren Parteien. Neben der CVP versuchen die Grünliberalen, sich ein Plätzchen an der Sonne zu ergattern. Die BDP ist auch dabei und hofft, dank einer Listenverbindung mit FDP, CVP und Grünliberalen das Quorum von 10 Prozent zu schaffen. Und schliesslich tritt auch der abgehalfterte FDP-Staatsrat Frédéric Hainard mit einer «Neuen Liberalen Partei» an, und zwar im Verbund mit der SVP.